

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 4249

[C – 2007/33073]

25. JUNI 2007 — Dekret über massnahmen im Unterrichtswesen 2007 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens

Artikel 1 - Artikel 16 § 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, abgeändert durch den Regierungserlass vom 6. Januar 1993, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 3 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels und in Abweichung von § 2 wird davon ausgegangen, dass ein zeitweilig bezeichnetes oder eingestelltes weibliches Personalmitglied während der Dauer des Mutterschaftsurlaubs, den es aufgrund des Artikels 5 des Königlichen Erlasses vom 29. Mai 1972 über die bezahlten Krankheits- und Mutterschaftsurlaubstage der zeitweilig angestellten Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht im Hinblick auf den Mutterschaftsschutz ab dem 1. September 2007 erhält, effektive Dienste leistet, sofern dieser Urlaub in dem Zeitraum der Bezeichnung oder Einstellung einbezogen ist.»

Art. 2 - In Artikel 17 § 4 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird die Wortfolge "Für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals und des Erziehungshilfspersonals" durch die Wortfolge "Für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals sowie für das technische Personal der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten PMS-Zentren" ersetzt.

KAPITEL II — Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens

Art. 3 - In Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, abgeändert durch das Gesetz vom 31. März 1967, wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 wird das Amt des Studienpräfekten oder Direktors einer Regelsekundar- oder Sondersekundarschule ab dem 1. September 2007 in Form einer Bezeichnung für eine unbestimmte Dauer nach Maßgabe der entsprechenden Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vergeben. Hiernach kann nach Maßgabe desselben Königlichen Erlasses eine definitive Ernennung erfolgen.»

KAPITEL III — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht

Art. 4 - Im Königlichen Erlass vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht wird ein Artikel *6bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *6bis* - Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amts wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

KAPITEL IV — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht

Art. 5 - Artikel 18 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 72 vom 20. Juli 1982, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Das Personalmitglied, das diese Genehmigung erhält, ist verpflichtet, jede Woche mindestens die Hälfte der Dauer der Regelarbeitszeit zu leisten, die für das Amt, das es ausübt, normalerweise festgelegt ist. Während seiner Abwesenheit darf es keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.»

Art. 6 - Artikel 19 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die im vorhergehenden Artikel erwähnte Genehmigung wird für eine Zeitspanne von 12 Monaten gewährt.»

Art. 7 - Artikel 25 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass Nr. 72 vom 20. Juli 1982, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Das Personalmitglied, das diese Genehmigung erhält, ist verpflichtet, jede Woche mindestens die Hälfte der Dauer der Regelarbeitszeit zu leisten, die für das Amt, das es ausübt, normalerweise festgelegt ist.»

Art. 8 - Artikel 26 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass Nr. 72 vom 20. Juli 1982, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die im vorhergehenden Artikel erwähnte Genehmigung wird für eine Zeitspanne von 12 Monaten gewährt.»

KAPITEL V — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 9 - Artikel 38 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 darf der prozentuale Anteil der definitiven Ernennungen im Grundschulwesen höchstens 95 Prozent des Stellenkapitals ausmachen, das für das entsprechende Anwerbungsamt zur Verfügung steht.»

Art. 10 - Artikel 40 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. Die als subventioniertes Vertragspersonalmitglied und als zeitweilig bezeichnetes Personalmitglied geleisteten Dienstage werden vom Anfang bis Ende einer ununterbrochenen Periode aktiven Dienstes berücksichtigt, einschließlich, falls sie darin einbegriffen sind, des Entspannungsurlaubs, der Weihnachts- und Osterferien, des Mutterschaftsurlaubs, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft oder der außergewöhnlichen Urlaube gemäß den gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen. Die so ermittelte Zahl von Dienstagen wird mit 1,2 multipliziert.»

Art. 11 - In Kapitel VIII desselben Königlichen Erlasses wird ein Abschnitt 6, die Artikel 121*bis* bis 121*terdecies* enthaltend, eingefügt:

«Abschnitt 6 - Besondere Bestimmungen für Studienpräfekten oder Direktoren einer Regelsekundar- oder Sondersekundarschule

Artikel 121*bis* - Prinzip

In Abweichung von Abschnitt 1 und 2 wird das Amt des Studienpräfekten oder Direktors einer Regelsekundar- oder Sondersekundarschule, nachstehend als Schulleiter bezeichnet, ab dem 1. September 2007 ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Artikel 121*ter* - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers ist im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens. Die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren.
2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades,
3. die Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht hat, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind,
4. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzt,
5. den Milizgesetzen genügt.

Artikel 121*quater* - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufwurf wird im Belgischen Staatsblatt sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Schulleiters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird anhand eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung unter anderem einen Strategie- und Aktionsplan bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.

Artikel 121*quinquies* - Bezeichnung

Der Schulträger bezeichnet einen Bewerber zum Schulleiter. Er setzt zu diesem Zweck eine unabhängige Kommission ein.

Die Kommission stützt sich unter anderem auf den Strategie- und Aktionsplan des Bewerbers und auf ein Bewerbungsgespräch.

Ein Auswahlkriterium bei der Bezeichnung bildet die pädagogische Qualifikation und die Berufserfahrung.

Die Kommission besteht aus drei Personen, wovon eine Person über Fachkenntnisse auf pädagogischer Ebene und eine weitere Person über Fachkenntnisse auf rechtlicher Ebene verfügt. Der Vorsitz wird von einem leitenden Beamten der Unterrichtsverwaltung wahrgenommen. Die Regierung setzt die Kommission ein und bezeichnet die Mitglieder.

Artikel 121*sexies* - Bezeichnungsdauer, Beendigung und Ernennung

§ 1 - Die Dauer der Bezeichnung ist unbestimmt.

§ 2 - Sie endet in folgenden Fällen:

1. im Falle einer vorsorglichen vorübergehenden Amtsenthebung von mehr als sechs Monaten;
2. im Falle einer Zurdispositionstellung durch Stellenentzug im Interesse des Dienstes von mehr als sechs Monaten;
3. im Falle der Verhängung folgender Disziplinarstrafen:
 - a) einer Gehaltskürzung,
 - b) einer vorübergehenden Amtsenthebung aus disziplinarischen Gründen,
 - c) einer Versetzung in den nicht aktiven Dienst aus disziplinarischen Gründen,
 - d) einer Entlassung wegen eines schwerwiegenden Fehlers;

4. im Falle des freiwilligen Ausscheidens aus dem Dienst, falls es sich um ein definitiv ernanntes Personalmitglied handelt;
5. im Falle der freiwilligen Beendigung der Bezeichnung;
6. im Falle einer einseitigen Aufkündigung durch den Schulträger;
7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk "unzureichend".

Der Schulträger kann im Falle eines Urlaubs oder einer Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen für einen ununterbrochenen Zeitraum von mehr als sechs Monaten die Bezeichnung beenden.

In den in Absatz 1 Nummern 4 und 5 vorgesehenen Fällen hat der Schulleiter eine Kündigungsfrist von 60 Tagen zu beachten.

In dem in Absatz 1 Nummer 6 vorgesehenen Fall beträgt die Dauer der Kündigungsfrist 6 Monate, wenn das Amtsalter des Schulleiters bis zu 5 Jahren beträgt, für jede weitere angefangene Zeitspanne von 5 Jahren wird die Dauer um weitere 3 Monate erhöht.

Die in den vorhergehenden Absätzen vorgeschriebene Kündigungsfrist kann im Einvernehmen gekürzt werden. Die Kündigung erfolgt per Einschreiben mit Angabe der Dauer der Kündigungsfrist. Das Einschreiben wird am dritten Werktag nach dem Versanddatum wirksam.

§ 3 - Die Bezeichnung endet nach fünf Jahren von Amtes wegen, wenn der Schulleiter während dieser Zeitspanne keine von der Regierung anerkannte Fachausbildung als Schulleiter erfolgreich bestanden hat.

Die Regierung legt dem Parlament die wesentlichen Elemente einer Ausbildung zwecks Billigung vor.

§ 4 - Ein Schulleiter, der mindestens 50 Jahre alt ist, wird definitiv ernannt, wenn:

1. er ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren besitzt;
2. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt.

Artikel 121septies - Dienstrecht

§ 1 - Unbeschadet von Absatz 2 unterliegt der Schulleiter während der Ausübung seines Amtes den Artikeln 5bis 14, 52, 54, 55, 56 bis 65 und 122 bis 167, 168 Nummer 2 und 169 Nummer 3 des vorliegenden Dienstrechtes.

Dem Schulleiter ist es untersagt:

1. einen Urlaub zu nehmen oder zur Disposition zu stehen mit Ausnahme folgender Urlaube und Zurdispositionstellungen:

- a) Jahresurlaub,
- b) Gelegenheitsurlaub,
- c) außergewöhnlicher Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt,
- d) Mutterschaftsurlaub,
- e) Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft,
- f) Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen,
- g) Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen.

2. eine Laufbahnunterbrechung zu nehmen, ausgenommen die teilzeitige oder vollzeitige Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub, die Laufbahnunterbrechung, um Palliativpflege zu leisten, und die Laufbahnunterbrechung zur Pflege eines schwerkranken Haushalts- oder Familienangehörigen.

§ 2 - Paragraph 1 gilt ebenfalls für einen in Anwendung von Artikel 121sexies § 4 definitiv ernannten Schulleiter.

Artikel 121octies - Vorübergehender Ersatz

§ 1 - Wenn der Schulleiter auf Grund eines oder einer der in Artikel 121septies angeführten Urlaube oder Zurdispositionstellungen voraussichtlich während mehr als zwanzig aufeinander folgenden Arbeitstagen abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch ein anderes definitiv ernanntes Personalmitglied der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals ersetzen, das die Bedingungen in Artikel 121ter erfüllt, mit Ausnahme der Bedingung in Nummer 3.

Im Sinne des vorhergehenden Absatzes gelten folgende Tage nicht als Arbeitstage:

1. die in Artikel 58 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen erwähnten unterrichtsfreien Tage,

2. die Sommerferientage, die laut Urlaubsgesetzgebung zum Jahresurlaub zählen.

Wenn der Schulleiter auf Grund eines oder einer der in Artikel 121septies angeführten Urlaube oder Zurdispositionstellungen voraussichtlich während mehr als einem Jahr abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch eine Person ersetzen, die die Bedingungen in Artikel 121ter erfüllt. Es gilt das in Artikel 121quater und 121quinquies angeführte Verfahren.

§ 2 - Während des Zeitraumes des vorübergehenden Ersatzes gelten für das Personalmitglied, das den Schulleiter ersetzt, die Artikel 121septies § 1 Absatz 2, 121nonies, 121duodecies und 121terdecies.

Artikel 121nonies - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Bezeichnung erhält der Schulleiter ein Gehalt auf der Grundlage der in Absatz 2 angeführten Gehaltstabelle mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren erhöht um eine monatliche Prämie von 285,65 EUR für eine Sekundarschule mit weniger als 600 Schülern beziehungsweise 428,48 EUR für eine Sekundarschule mit 600 Schülern und mehr. Nach jeweils zwei Jahren erfolgen die in der Gehaltstabelle vorgesehenen Erhöhungen.

Folgende Gehaltstabellen gelten:

1. für den Direktor einer Einrichtung des Regelschulwesens: Rubrik "Direktor einer Einrichtung des Regelschulwesens" angeführt in Artikel 2 Kapitel C "Direktions- und Lehrpersonal der Unterstufe des Sekundarschulwesens" des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des

subventionierten Primarunterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren Gehaltstabelle 270,

2. für den Direktor einer Einrichtung des Sonderschulwesens: Rubrik "Direktor einer Einrichtung des Sonderschulwesens" angeführt in Artikel 2 Kapitel C "Direktions- und Lehrpersonal der Unterstufe des Sekundarschulwesens" des in Nr. 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 Gehaltstabelle 270/I,

3. für den Studienpräfekten: Rubrik "Studienpräfekt eines Königlichen Athenäums oder Lyzeums" angeführt in Artikel 2 Kapitel D "Direktions- und Lehrpersonal der Oberstufe des Sekundarschulwesens" des in Nr. 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 Gehaltstabelle 471,

4. für den Direktor: Rubrik "Direktor" angeführt in Artikel 2 Kapitel D "Direktions- und Lehrpersonal der Oberstufe des Sekundarschulwesens" des in Nr. 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 Gehaltstabelle 471.

§ 2 - Handelt es sich um ein Personalmitglied, bezieht es in Abweichung von § 1 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Handelt es sich um kein Personalglied, bezieht der Schulleiter Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in § 1 und § 2 angeführte Betrag ist an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit wird die Prämie weitergezahlt.

Artikel 121*decies* - Zulage für bereits definitiv ernannte Studienpräfekten oder Direktoren

Ein Schulleiter, der bereits vor dem 1. September 2007 definitiv ernannt ist, erhält die in Artikel 121*nonies* § 2 angeführte entsprechende Prämie ab dem Monat, der dem folgt, in dem er eine von der Regierung anerkannte Fachausbildung als Schulleiter erfolgreich bestanden hat.

Artikel 121*undecies* - Bewertungsbericht

§ 1 - Der Schulträger fasst für einen Schulleiter pro Zeitspanne von 5 Jahren mindestens einen Bewertungsbericht ab. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor. Die Bewertung wird vom leitenden Beamten der Unterrichtsverwaltung vorgenommen. Der Schulleiter kann eine Bewertung beantragen.

Bevor der leitende Beamte das Bewertungsgespräch abhält, nimmt er ein Gutachten des Pädagogischen Rates zur Bewertung zur Kenntnis, das unter anderem eine Bewertungsempfehlung enthält. In Abweichung von Artikel 49 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen nimmt der Schulleiter nicht an den Sitzungen des Pädagogischen Rates teil, bei denen das Gutachten erstellt wird. Der Pädagogische Rat bestimmt ein Personalmitglied, das Vorsitz bei diesen Sitzungen übernimmt.

Der Schulleiter fasst im Voraus einen Bericht über die Umsetzung des Strategie- und Aktionsplans und die Verwirklichung der Zielsetzungen ab, der die Grundlage des Bewertungsgesprächs bildet.

Der Bewertungsbericht kann mit dem Vermerk "ungenügend", "mangelhaft", "ausreichend", "gut" oder "sehr gut" schließen.

§ 2 - Der Bericht wird dem Schulleiter in zweifacher Ausfertigung ausgehändigt. Er unterschreibt beide Ausfertigungen und behält eine davon.

§ 3 - Der Schulleiter kann den Bericht unter Vorbehalt unterschreiben und innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach seiner Aushändigung Einspruch vor der Einspruchskammer erheben.

Die Einspruchskammer übermittelt dem Schulträger binnen einer Frist von 45 Tagen ab dem Tag, an dem sie den Einspruch erhalten hat, ein begründetes Gutachten.

Der Schulträger händigt innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Gutachtens seine endgültige Entscheidung aus. Folgt er dem Gutachten nicht, vermerkt er die Gründe hierfür.

Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 121*duodecies* - Rückkehr

Nach Beendigung der Bezeichnung bekleidet das Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv ernanntes Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens handelt, erneut sein vorheriges Amt, ausgenommen in den in Artikel 121*sexies* § 2 Absatz 1 Nummer 3 d sowie Nummer 4 angeführten Fällen.

Artikel 121*terdecies* - Berücksichtigung der Dienste

Die Dienste während der Ausübung des Schulleiteramtes werden, insofern es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens handelt, berücksichtigt hinsichtlich der Festlegung des Dienstalters, des Amtsalters und des finanziellen Dienstalters.»

Art. 12 - Im selben Königlichen Erlass wird ein Artikel 162*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 162*bis* - Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amtes wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

Art. 13 - In Artikel 167 desselben Königlichen Erlass, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 1983, den Regierungserlass vom 12. September 1990 und das Dekret vom 26. Juni 2006, wird in § 1 ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Eine Rückberufung in den aktiven Dienst in der Schulischen Weiterbildung eines Personalmitgliedes, das in der Tagesschule definitiv ernannt ist, erfordert in Abweichung von den vorhergehenden Absätzen das Einverständnis des Personalmitgliedes.»

Art. 14 - In Artikel 167 desselben Königlichen Erlass, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 1983 und den Regierungserlass vom 12. September 1990, wird in § 2 ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Eine Wiedereinsetzung in der Schulischen Weiterbildung eines Personalmitgliedes, das in der Tagesschule definitiv ernannt oder eingestellt ist, erfordert in Abweichung von den vorhergehenden Absätzen das Einverständnis des Personalmitgliedes.»

KAPITEL VI — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate*

Art. 15 - In Artikel 13bis des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate wird in § 1 Absatz 1 die Wortfolge "Kurse in jedem anderen Amt derselben Kategorie zugewiesen" durch die Wortfolge "Kurse in jedem anderen Amt derselben oder einer anderen Kategorie zugewiesen" ersetzt.

Art. 16 - In Artikel 13bis desselben Königlichen Erlasses wird ein § 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 6 - Eine Stundenplanergänzung in der Schulischen Weiterbildung eines Personalmitgliedes, das in der Tagesschule definitiv ernannt oder eingestellt ist, erfordert in Abweichung von den vorhergehenden Paragraphen das Einverständnis des Personalmitgliedes.»

KAPITEL VII — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 17 - Artikel 22quinquies Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 darf der prozentuale Anteil der definitiven Ernennungen im Grundschulwesen höchstens 95 Prozent des Stellenkapitals ausmachen, das für das entsprechende Anwerbungsamt zur Verfügung steht.»

Art. 18 - Artikel 22septies Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. Die als subventioniertes Vertragspersonalmitglied und als zeitweilig bezeichnetes Personalmitglied geleisteten Diensttage werden vom Anfang bis Ende einer ununterbrochenen Periode aktiven Dienstes berücksichtigt, einschließlich, falls sie darin einbegriffen sind, des Entspannungsurlaubs, der Weihnachts- und Osterferien, des Mutterschaftsurlaubs, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft oder der außergewöhnlichen Urlaube gemäß den gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen. Die so ermittelte Zahl von Diensttagen wird mit 1,2 multipliziert.»

Art. 19 - In den Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Artikel 43bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 43bis - Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amts wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

KAPITEL VIII — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen*

Art. 20 - In Artikel 5 § 4 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen, abgeändert durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird zwischen Absatz 2 und 3 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Eine Wiedereinberufung in den Dienst oder eine Wiederbeschäftigung in der Schulischen Weiterbildung eines Personalmitgliedes, das in der Tagesschule definitiv ernannt oder eingestellt ist, erfordert das Einverständnis des Personalmitgliedes.»

KAPITEL IX — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtung der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste*

Art. 21 - Artikel 31 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtung der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. Die als subventioniertes Vertragspersonalmitglied und als zeitweilig bezeichnetes Personalmitglied geleisteten Diensttage werden vom Anfang bis Ende einer ununterbrochenen Periode aktiven Dienstes berücksichtigt, einschließlich, falls sie darin einbegriffen sind, des Entspannungsurlaubs, der Weihnachts- und Osterferien, des Mutterschaftsurlaubs, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft oder der außergewöhnlichen Urlaube gemäß den gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen. Die so ermittelte Zahl von Diensttagen wird mit 1,2 multipliziert.»

Art. 22 - Im Königlichen Erlass vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste, wird ein Artikel 172*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 172*bis* - Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amts wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

KAPITEL X — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 bezüglich der Ferien und Urlaube der Praktikanten oder definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste*

Art. 23 - Artikel 23 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 bezüglich der Ferien und Urlaube der Praktikanten oder definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 13. Januar 1988, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Das Personalmitglied, das diese Genehmigung erhält, ist verpflichtet, jede Woche mindestens die Hälfte der Dauer der Regelarbeitszeit zu leisten, die für das Amt, das es ausübt, normalerweise festgelegt ist. Während seiner Abwesenheit darf es keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.»

Art. 24 - Artikel 32 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Das Personalmitglied, das diese Genehmigung erhält, ist verpflichtet, jede Woche mindestens die Hälfte der Dauer der Regelarbeitszeit zu leisten, die für das Amt, das es ausübt, normalerweise festgelegt ist.»

Kapitel XI — *Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter und Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren*

Art. 25 - In Artikel 10*bis* des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter und Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, abgeändert durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird in § 2 ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Die im vorhergehenden Absatz angeführten Dienstleistungen werden im Vorfeld vom Schulträger schriftlich festgehalten und vom betroffenen Personalmitglied gegengezeichnet.»

Art. 26 - Artikel 10*bis* § 4 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 4 - Die Zurdispositionstellung ist unumkehrbar und wird bis zum Datum gewährt, an dem die Personalmitglieder die in § 1 angeführte Pension beanspruchen können. Eine Umwandlung in die in Artikel 8 oder Artikel 10 angeführte Zurdispositionstellung im Alter von 58 Jahren ist möglich.»

Art. 27 - In Artikel 10*bis* desselben Königlichen Erlasses werden ein § 5 und ein § 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 5 - Während der gesamten Dauer dieser Zurdispositionstellung wird den Personalmitgliedern für die Stunden oder Unterrichtsstunden, die nicht mehr geleistet werden, ein Wartegehalt gewährt, das 20 Prozent des letzten Dienstgehaltes oder der letzten Dienstgehaltssubvention für diese Stunden oder Unterrichtsstunden ausmacht.

§ 6 - Für diese Personalmitglieder gelten, was das Nachgehen einer lukrativen Beschäftigung anbelangt, die in Artikel 9 angeführten Bestimmungen.»

KAPITEL XII — *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden*

Art. 28 - In Artikel 53*quater* § 3 des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird die Wortfolge "für die Schuljahre 2005-2006 und 2006-2007" durch die Wortfolge "für die Schuljahre 2005-2006 bis einschließlich 2008-2009" ersetzt.

KAPITEL XIII — *Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen*

Art. 29 - In Artikel 3 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Die Höchstzahl der in Absatz 2 angeführten regulären Schüler, für die eine Subvention gewährt wird, beträgt für alle Internate des freien subventionierten Unterrichtswesens insgesamt 126 zuzüglich der Schüler, die auf Antrag der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Internatsplatz erhalten.»

KAPITEL XIV — *Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss*

Art. 30 - Artikel 37 des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 37 - Gegen nicht ordnungsgemäß durchgeführte Prüfungen und gegen Entscheidungen des Ausschusses kann der Kandidat spätestens innerhalb von zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse schriftlich seine Einwände bei der Regierung geltend machen. Diese wird dem Kandidaten und dem Vorsitzenden des Ausschusses innerhalb eines Monats nach dem Datum des Einspruchs schriftlich ihre begründete Entscheidung mitteilen.»

KAPITEL XV — *Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 31 - Artikel 4ter § 2 Absatz 1 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 2 - Gemäß der föderalen Gesetzgebung kann der Urlaub im Falle einer Geburt bis zu dem Zeitpunkt gewährt werden, an dem das Kind sechs Jahre alt wird.»

Art. 32 - Zwischen Artikel 4quater § 2 Absatz 1 und Absatz 2 desselben Erlasses wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«In Abweichung vom vorhergehenden Absatz beträgt die Höchstdauer der Unterbrechung für ein und denselben Kranken 24 Monate bei einer vollständigen Laufbahnunterbrechung beziehungsweise 48 Monate bei einer halboberzeitigen Laufbahnunterbrechung, wenn es sich um die Pflege eines schwerkranken Kindes handelt, das höchstens 16 Jahre alt ist, und die Pflege durch einen alleinerziehenden Erziehungsberechtigten erfolgt. Die Höchstdauer wird um die Zeitspanne verkürzt, während der in Anwendung desselben Gesetzes vom 22. Januar 1985 bereits eine Laufbahnunterbrechung für denselben Kranken gewährt wurde.»

KAPITEL XVI — *Abänderung des Dekretes vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 33 - Im Dekret vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird in Artikel 1 eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«5. im Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,»

Art. 34 - Im selben Dekret wird in Artikel 1 eine Nummer 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«6. in Anwendung des Erlasses der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern (BVA) bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, abgeändert durch Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, als Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten bzw. subventionierten Unterrichtswesen eingestellt werden,»

Art. 35 - Artikel 5 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Nichtbeachtung der Bestimmungen des vorliegenden Dekretes sowie der diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen hat zur Folge, dass das betroffene Personalmitglied ab dem Tag, an dem die Nichtbeachtung stattfindet, als ungerechtfertigt abwesend gilt und für die Dauer der ungerechtfertigten Abwesenheit sein Recht auf Gehalt oder Gehaltssubvention verliert.»

KAPITEL XVII — *Abänderung vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens*

Art. 36 - In Artikel 6 Absatz 1 Nummer 2 des Dekretes vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens wird der Wortlaut "einen der vier folgenden Verträge" durch den Wortlaut "einen der fünf folgenden Verträge" ersetzt.

Art. 37 - In Artikel 6 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes wird Punkt a durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«a) ein Erstbeschäftigungsabkommen gemäß Artikel 27 Nummer 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 zur Förderung der Beschäftigung,»

Art. 38 - In Artikel 6 Nummer 2 desselben Dekretes wird Punkt d zu Punkt e und es wird ein neuer Punkt d mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«d) ein Abkommen zur beruflichen Immersion gemäß Titel IV Kapitel X des Programmgesetzes vom 2. August 2002,»

KAPITEL XVIII — *Abänderung des Programmdekretes vom 20. Mai 1997*

Art. 39 - Artikel 3ter des Programmdekretes vom 20. Mai 1997, eingefügt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 3ter - § 1 - Das Stundenkapital, das jede Schule für das betreffende Schuljahr erwirtschaftet, wird anhand folgender Formel ermittelt: $X/Y \times Z$

X ist das Stundenkapital, das eine Schule in Anwendung von Artikel 3 § 1 und § 2 für das betreffende Schuljahr erwirtschaften würde.

Y ist das Gesamtstundenkapital, das alle Schulen in Anwendung von Artikel 3 § 1 und § 2 für das betreffende Schuljahr erwirtschaften würden.

Z ist das Gesamtstundenkapital, das in allen Schulen in Anwendung von Artikel 3 § 1 und § 2 am 1. Oktober 2002 organisiert wurde.

§ 2 - Wenn das gemäß § 1 erwirtschaftete Stundenkapital einer Schule niedriger ist, als das in Anwendung von Artikel 3 § 1 und § 2 am 1. Oktober 2002 organisierte Stundenkapital, dann erwirtschaftet die betreffende Schule für das betreffende Schuljahr in Abweichung von § 1 das niedrigere der nachstehenden Stundenkapitale:

1. das am 1. Oktober 2002 in Anwendung von Artikel 3 § 1 und § 2 in der Schule organisierte Stundenkapital oder

2. das Stundenkapital, das die Schule für das betreffende Schuljahr in Anwendung von Artikel 3 § 1 und § 2 erwirtschaften würde.»

Art. 40 - Im selben Dekret wird in Artikel 4 § 2 ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Schüler, die einen Kurs vollständig beenden und gegebenenfalls einen Studiennachweis erhalten haben, werden bei der Ermittlung der in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Norm für diesen Kurs nicht berücksichtigt.»

Art. 41 - Im selben Dekret wird ein Artikel *4ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *4ter* - § 1 - Institute für Schulische Weiterbildung, die sich in der Trägerschaft eines Schulträgers befinden, der gleichzeitig über eine Vollzeitunterrichtseinrichtung auf Ebene des Regelsekundarschulwesens verfügt, werden an diese Einrichtung angegliedert.

Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 12. Januar 1966 zur Festlegung der Bedingungen für die Bestimmung der Anzahl Planstellen im staatlichen Unterrichtswesen findet gegebenenfalls keine Anwendung.

§ 2 - Der Schulträger kann das gemäß Artikel 4 und *4bis* für das angegliederte Institut gewährte Stundenkapital teilweise oder ganz an die Vollzeitunterrichtseinrichtung übertragen. Der Schulträger kann ebenfalls Teile des Stundenkapitals der Vollzeitunterrichtseinrichtung an das angegliederte Institut übertragen.

Die in Absatz 1 angeführten Übertragungen dürfen nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.

Ein definitive Ernennung oder Einstellung ist nicht zulässig für eine Stelle, die aufgrund einer in Absatz 1 angeführten Übertragung geschaffen wurde.

§ 3 - Die Regelsekundarschulen, an denen in Anwendung von § 1 ein Institut für Schulische Weiterbildung angegliedert wird, erhalten für die Koordination und Verwaltung zusätzlich folgende Anzahl Stunden wöchentlich:

1. wenn das Stundenkapital für den Bereich der Schulischen Weiterbildung jährlich unter 2 000 Stunden liegt:

a) für die Verwaltung: 4 Stunden im Amt Kommis-Daktylo;

b) für die Koordination: 3 Stunden;

2. wenn das Stundenkapital für den Bereich der Schulischen Weiterbildung jährlich zwischen 2 000 Stunden und 4 000 Stunden liegt:

a) für die Verwaltung: 6 Stunden im Amt Kommis-Daktylo;

b) für die Koordination: 5 Stunden;

3. wenn das Stundenkapital für den Bereich der Schulischen Weiterbildung jährlich zwischen 4 000 und 6 000 Stunden liegt:

a) für die Verwaltung: 8 Stunden im Amt Kommis-Daktylo;

b) für die Koordination: 5 Stunden;

4. wenn das Stundenkapital für den Bereich der Schulischen Weiterbildung jährlich über 6 000 Stunden liegt:

a) für die Verwaltung: eine halbe Stelle im Amt Kommis-Daktylo;

b) für die Koordination: eine halbe Stelle.

Die in Absatz 1 Nummer *1b*, *2b*, *3b* und *4b* angeführten Stunden für Koordination werden auf der Grundlage der Gehaltstabelle 471 für den Direktor: Rubrik "Direktor" angeführt in Artikel 2 Kapitel D "Direktions- und Lehrpersonal der Oberstufe des Sekundarschulwesens" des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren besoldet.

Die Personalmitglieder, die in den Instituten für Schulische Weiterbildung, die einer Regelsekundarschule angegliedert werden, im Schuljahr 2006-2007 für mindestens 15 Wochen das Amt des Erzieher-Aufsehers bekleidet haben und in den Schuljahren 2007-2008 und 2008-2009 das in Absatz 1 erwähnte Amt des Kommis-Daktylo ausüben, kommen bis zum 31. Dezember 2008 weiterhin in den Genuss der ihnen im Amt des Erzieher-Aufsehers zugewiesenen Gehaltstabelle.

Eine definitive Ernennung oder Einstellung im Rahmen dieser Stunden ist nicht zulässig.»

KAPITEL XIX — *Abänderung des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums*

Art. 42 - Artikel 46 Absatz 2 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2004, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 darf der prozentuale Anteil der definitiven Einstellungen im Grundschulwesen höchstens 95 Prozent des Stellenkapitals ausmachen, das für das entsprechende Anwerbungsamt zur Verfügung steht.»

Art. 43 - In Artikel 49 § 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird zwischen Nummer 8 und Nummer 9 eine Nummer *8bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«*8bis* - im letzten in Artikel *39bis* angeführten Beurteilungsbericht mindestens den Vermerk "ausreichend" haben; liegt kein Beurteilungsbericht vor, gilt vorliegende Bedingung als erfüllt;»

Art. 44 - In Titel I desselben Dekretes wird zwischen dem Kapitel V und dem Kapitel *Vbis* mit den Artikel 69*bis* bis 69*quinquies*, das Kapitel *Vter* mit den Artikeln 69.14 bis 69.19 wird, ein Kapitel *Vbis* die Artikel 69.1 bis 69.13 enthaltend eingefügt:

«Kapitel *Vbis* - Besondere Bestimmungen für Schulleiter oder Direktoren einer Regelsekundar- oder Sondersekundarschule

Artikel 69.1 - Prinzip

In Abweichung von Kapitel V wird das Amt des Schulleiters oder Direktors einer Regelsekundar- oder Sondersekundarschule, nachstehend als Schulleiter bezeichnet, ab dem 1. September 2007 anhand einer Einstellung für eine unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Einstellung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Artikel 69.2 - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers ist im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens. Die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren.

2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades,

3. die Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht hat, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind,

4. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzt,

5. den Milizgesetzen genügt.

Artikel 69.3 - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufruf wird in der Zeitung sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Schulleiters und die Zielsetzungen, die während der Einstellung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird anhand eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung unter anderem einen Strategie- und Aktionsplan bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.

Artikel 69.4 - Bezeichnung des Schulleiters

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt wahrnehmen soll.

Er stützt sich unter anderem auf den Strategie- und Aktionsplan des Bewerbers und auf ein Bewerbungsgespräch.

Artikel 69.5 - Einstellung für eine unbestimmte Dauer, Beendigung und definitive Einstellung

§ 1 - Die Dauer der Einstellung ist unbefristet.

§ 2 - Sie endet in folgenden Fällen:

1. im Falle einer vorsorglichen vorübergehenden Amtsenthebung von mehr als sechs Monaten;

2. im Falle einer Zurdispositionstellung durch Stellenentzug im Interesse des Dienstes von mehr als sechs Monaten;

3. im Falle der Verhängung folgender Disziplinarstrafen:

a) einer Gehaltskürzung,

b) einer vorübergehenden Amtsenthebung aus disziplinarischen Gründen,

c) einer Versetzung in den nicht aktiven Dienst aus disziplinarischen Gründen,

d) einer Entlassung wegen eines schwerwiegenden Fehlers;

4. im Falle des freiwilligen Ausscheidens aus dem Dienst, falls es sich um ein definitiv eingestelltes Personalmitglied handelt;

5. im Falle der freiwilligen Beendigung der Einstellung;

6. im Falle einer einseitigen Aufkündigung durch den Schulträger;

7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk "unzureichend".

Der Schulträger kann im Falle eines Urlaubs oder einer Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen für einen ununterbrochenen Zeitraum von mehr als sechs Monaten die Einstellung beenden.

In den in Absatz 1 Nummern 4 und 5 vorgesehenen Fällen und in Abweichung von Artikel 80 Absatz 1 Nummer 1 hat der Schulleiter eine Kündigungsfrist von 60 Tagen zu beachten.

In dem in Absatz 1 Nummer 6 vorgesehenen Fall beträgt die Dauer der Kündigungsfrist 6 Monate, wenn das Amtsalter des Schulleiters bis zu 5 Jahren beträgt; für jede weitere angefangene Zeitspanne von 5 Jahren wird die Dauer um weitere 3 Monate erhöht.

Die in den vorhergehenden Absätzen vorgeschriebene Kündigungsfrist kann im Einvernehmen gekürzt werden. Die Kündigung erfolgt per Einschreiben mit Angabe der Dauer der Kündigungsfrist. Das Einschreiben wird am dritten Werktag nach dem Versanddatum wirksam.

§ 3 - Die Einstellung endet nach fünf Jahren von Amts wegen, wenn der Schulleiter während dieser Zeitspanne keine von der Regierung anerkannte Fachausbildung als Schulleiter erfolgreich bestanden hat. Die Regierung legt dem Parlament die wesentlichen Elemente einer Ausbildung zwecks Billigung vor.

§ 4 - Ein Schulleiter, der mindestens 50 Jahre alt ist, wird definitiv eingestellt, wenn:

1. er ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren besitzt;

2. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk ausreichend schließt.»

Artikel 69.6 - Dienstrecht

§ 1 - Unbeschadet von Absatz 2 unterliegt der Schulleiter während der Ausübung des Amtes den Artikeln 13 bis 30, 32, 70, 72 bis 78 und 81 bis 99 des vorliegenden Dienstrechtes.

Dem Schulleiter ist es untersagt:

1. einen Urlaub zu nehmen oder zur Disposition zu stehen mit Ausnahme folgender Urlaube und Zurdispositionstellungen:

- a) Jahresurlaub,
- b) Gelegenheitsurlaub,
- c) außergewöhnlicher Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt,
- d) Mutterschaftsurlaub,
- e) Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft,
- f) Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen,
- g) Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen.

2. eine Laufbahnunterbrechung zu nehmen, ausgenommen die teilzeitige oder vollzeitige Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub, die Laufbahnunterbrechung, um Palliativpflege zu leisten, und die Laufbahnunterbrechung zur Pflege eines schwerkranken Haushalts- oder Familienangehörigen.

§ 2 - Paragraph 1 gilt ebenfalls für einen in Anwendung von Artikel 69^{sexies} § 4 definitiv eingestellten Schulleiter.

Artikel 69.7 - Vorübergehender Ersatz

§ 1 - Wenn der Schulleiter auf Grund eines oder einer der in Artikel 69.6 angeführten Urlaube oder Zurdispositionstellungen voraussichtlich während mehr als zwanzig aufeinander folgenden Arbeitstagen abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch ein anderes definitiv eingestelltes Personalmitglied der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals ersetzen, das die Bedingungen in Artikel 69.2 erfüllt, mit Ausnahme der Bedingung in Nummer 3.

Im Sinne des vorhergehenden Absatzes gelten folgende Tage nicht als Arbeitstage:

1. die in Artikel 58 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen erwähnten unterrichtsfreien Tage,

2. die Sommerferienage, die laut Urlaubsgesetzgebung zum Jahresurlaub zählen.

Wenn der Direktor auf Grund eines oder einer der in Artikel 69.6 angeführten Urlaube oder Zurdispositionstellungen voraussichtlich während mehr als einem Jahr abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch eine Person ersetzen, die die Bedingungen in Artikel 69.2 erfüllt. Es gilt das in Artikel 69.3 und 69.4 angeführte Verfahren.

§ 2 - Während des Zeitraumes des vorübergehenden Ersatzes gelten für das ersetzende Personalmitglied die Artikel 69.6 § 1 Absatz 2, 69.8, 69.11 und 69.12.

Artikel 69.8 - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Einstellung als Schulleiter erhält er ein Gehalt auf der Grundlage der in Absatz 2 angeführten Gehaltstabelle mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren erhöht um eine monatliche Prämie von 285,65 EUR für eine Sekundarschule mit weniger als 600 Schülern beziehungsweise 428,48 EUR für eine Sekundarschule mit 600 Schülern und mehr. Nach jeweils zwei Jahren erfolgen die in der Gehaltstabelle vorgesehenen Erhöhungen.

Folgende Gehaltstabellen gelten:

1. für den Direktor einer Einrichtung des Regelschulwesens: Rubrik "Direktor einer Einrichtung des Regelschulwesens" angeführt in Artikel 2 Kapitel C "Direktions- und Lehrpersonal der Unterstufe des Sekundarschulwesens" des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren Gehaltstabelle 270,

2. für den Direktor einer Einrichtung des Sonderschulwesens: Rubrik "Direktor einer Einrichtung des Sonderschulwesens" angeführt in Artikel 2 Kapitel C "Direktions- und Lehrpersonal der Unterstufe des Sekundarschulwesens" des in Nr. 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 Gehaltstabelle 270/I,

3. für den Studienpräfekten: Rubrik "Studienpräfekt eines Königlichen Athenäums oder Lyzeums" angeführt in Artikel 2 Kapitel D "Direktions- und Lehrpersonal der Oberstufe des Sekundarschulwesens" des in Nr. 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 Gehaltstabelle 471,

4. für den Direktor: Rubrik "Direktor" angeführt in Artikel 2 Kapitel D "Direktions- und Lehrpersonal der Oberstufe des Sekundarschulwesens" des in Nr. 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 Gehaltstabelle 471.

§ 2 - Handelt es sich um ein Personalmitglied, bezieht es in Abweichung von § 1 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Handelt es sich um kein Personalglied, bezieht der Direktor Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in § 1 und § 2 angeführte Betrag ist an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 178 vom 30. Dezember 1982.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit wird die Prämie weitergezahlt.

Artikel 69.9 - Zulage für bereits definitiv eingestellte Schulleiter oder Direktoren

Ein Schulleiter oder Direktor, der bereits vor dem 1. September 2007 definitiv eingestellt ist, erhält die in Artikel 69.8 § 2 angeführte entsprechende Prämie ab dem Monat, der dem folgt, in dem er eine von der Regierung anerkannte Fachausbildung als Schulleiter erfolgreich bestanden hat.

Artikel 69.10 - Bewertungsbericht

§ 1 - Der Schulträger fasst für einen Schulleiter pro Zeitspanne von 5 Jahren mindestens einen Bewertungsbericht ab. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor. Der Schulleiter kann eine Bewertung beantragen.

Bevor der Schulträger das Bewertungsgespräch abhält, nimmt er ein Gutachten des Pädagogischen Rates zur Bewertung zur Kenntnis, das unter anderem eine Bewertungsempfehlung enthält. In Abweichung von Artikel 49 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen nimmt der Schulleiter nicht an den Sitzungen des Pädagogischen Rates teil, bei denen das Gutachten erstellt wird. Der Pädagogische Rat bestimmt ein Personalmitglied, das bei diesen Sitzungen den Vorsitz übernimmt.

Der Schulleiter fasst im Voraus einen Bericht über die Umsetzung des Strategie- und Aktionsplans und die Verwirklichung der Zielsetzungen ab, der die Grundlage des Bewertungsgesprächs bildet.

Der Bewertungsbericht kann mit dem Vermerk "ungenügend", "mangelhaft", "ausreichend", "gut" oder "sehr gut" schließen.

§ 2 - Der Bericht wird dem Schulleiter in zweifacher Ausfertigung ausgehändigt. Er unterschreibt beide Ausfertigungen und behält eine davon.

§ 3 - Der Schulleiter kann den Bericht unter Vorbehalt unterschreiben und innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach seiner Aushändigung Einspruch vor der Einspruchskammer erheben.

Die Einspruchskammer übermittelt dem Schulträger binnen einer Frist von 45 Tagen ab dem Tag, an dem sie den Einspruch erhalten hat, ein begründetes Gutachten.

Der Schulträger händigt innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Gutachtens seine endgültige Entscheidung aus. Folgt er dem Gutachten nicht, vermerkt er die Gründe hierfür.

Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 69.11 - Rückkehr

Nach Beendigung der Einstellung bekleidet das Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv eingestelltes Personalmitglied des freien subventionierten Unterrichtswesens handelt, erneut sein vorheriges Amt, ausgenommen in den in Artikel 69.5 § 2 Absatz 1 Nummer 3 d sowie Nummer 4 angeführten Fällen.

Artikel 69.12 - Berücksichtigung der Dienste

Die Dienste während der Ausübung des Schulleiteramtes werden, insofern es sich um ein Personalmitglied des freien subventionierten Unterrichtswesens handelt, berücksichtigt hinsichtlich der Festlegung des Dienstalters, des Amtsalters und des finanziellen Dienstalters.

Art. 45 - In Artikel 75 desselben Dekretes wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amts wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

KAPITEL XX — *Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen*

Art. 46 - Artikel 9 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 9 - § 1 - Der Schüler, dessen Wohnsitz sich im Ausland befindet und der die in Artikel 8 festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt, legt, bevor er sich in die Primarschule einschreiben darf, eine Bescheinigung vor, die von der zuständigen Schulbehörde des Staates, in dem er seinen Wohnsitz hat, ausgestellt ist und aus der hervorgeht, dass er eine Primarschule in Belgien besuchen darf. Diese Bescheinigung ist nur bei der Ersteinschreibung vorzulegen.

Um in einer Primarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben zu werden, muss der im Ausland wohnhafte Schüler zusätzlich eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

1. ein Elternteil des Schülers hat einen Arbeitsplatz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
2. in Geschwisterkind des Schülers ist bereits in einer Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben,
3. es liegt ein besonderer pädagogischer oder sozialer Härtefall vor, der von der Regierung zu genehmigen ist.

Für Schüler, deren Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts liegt, gelten die in Absatz 2 angeführten Zulassungsbedingungen nicht, wenn eine entsprechende schriftliche Vereinbarung zwischen dieser Gebietskörperschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorliegt.

§ 2 - § 1 findet keine Anwendung auf einen Schüler, der im Fremden-, Warte- oder Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen ist.

Art. 47 - In Artikel 15 § 1 desselben Dekretes wird der Wortlaut "am dritten Arbeitstag" durch den Wortlaut "am letzten Arbeitstag" ersetzt.

Art. 48 - Artikel 15 § 2 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Ein Schulwechsel während des Schuljahres ist nur zulässig im Falle eines Wohnsitzwechsels.»

In Artikel 15 § 2 Absatz 2 desselben Dekretes wird der Wortlaut "nach dem dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres" durch den Wortlaut "im Laufe des Schuljahres" ersetzt.

Art. 49 - In Artikel 33 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000 und 19. April 2004, wird in § 1 Absatz 1 die Wortfolge "75 schulpflichtige reguläre Primarschüler zählt." durch die Wortfolge "75 schulpflichtige reguläre Primarschüler zählt; wobei die Schüler, die eine Schule ihrer freien Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen in der Ortschaft haben, in der sich ihr Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort befindet, bei der Ermittlung der Norm ausschließlich für die Schule berücksichtigt werden, bei der es sich um die nächstgelegene Schule der freien Wahl handelt." ersetzt.

Art. 50 - In Artikel 34 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000 und 19. April 2004, wird in § 1 Absatz 2 im ersten Satz die Wortfolge "mindestens 25 Schüler zählt" durch die Wortfolge "mindestens 25 Vorschüler zählt; wobei die Vorschüler, die einen Kindergarten ihrer freien Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen in der Ortschaft haben, in der sich ihr Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort befindet, bei der Ermittlung der Norm ausschließlich für den Kindergarten berücksichtigt werden, bei dem es sich um den nächstgelegenen Kindergarten der freien Wahl handelt." ersetzt.

Art. 51 - Artikel 35 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 35 - Schließung und Wiedereröffnung einer Primarschule

§ 1 - Unbeschadet von Artikel 33 wird eine Primarschule, die spätestens am letzten Schultag des Monats September des vorhergehenden Schuljahres keine zwölf regulären Primarschüler zählt, spätestens zum letzten Schultag des Monats September des darauf folgenden Schuljahres geschlossen beziehungsweise nicht subventioniert, es sei denn, sie zählt am vorletzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres wiederum mindestens zwölf regulär eingeschriebene Schüler. Im Fall, dass diese Mindestschülerzahl nicht erreicht wird, trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Gehalts- und Funktionskosten.

Die Schüler, die eine Schule ihrer freien Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen in der Ortschaft haben, in der sich ihr Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort befindet, werden bei der Ermittlung der Norm ausschließlich für die Schule berücksichtigt, bei der es sich um die nächstgelegene Schule ihrer freien Wahl handelt.

§ 2 - Unbeschadet von Artikel 33 kann eine Primarschule, die geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert wurde, ab dem zweiten Jahr nach der Schließung innerhalb von neun Jahren ab dem ersten Tag des Schuljahres wieder eröffnet beziehungsweise subventioniert werden, wenn sie am letzten Schultag des Monats September zwölf reguläre Schüler zählt.

Die Schüler, die eine Schule ihrer freien Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen in der Ortschaft haben, in der sich ihr Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort befindet, werden bei der Ermittlung der Norm ausschließlich für die Schule berücksichtigt, bei der es sich um die nächstgelegene Schule ihrer freien Wahl handelt.

Erreicht die Primarschule die entsprechende Norm nicht, wird sie geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Gehalts- und Funktionskosten.»

Art. 52 - Artikel 36 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 36 - Schließung und Wiedereröffnung eines Kindergartens

§ 1 - Ein Kindergarten, der am letzten Schultag des Monats September des vorhergehenden Schuljahres keine sechs Vorschüler zählt, wird spätestens am letzten Schultag des Monats September des darauf folgenden Schuljahres geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert, es sei denn, er zählt bis zum vorletzten Schultag des Monats September mindestens sechs reguläre Vorschüler. Im Fall, dass diese Mindestschülerzahl nicht erreicht wird, trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Gehalts- und Funktionskosten.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und während des Monats September an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren, wobei die Vorschüler, die eine Schule ihrer freien Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen in der Ortschaft haben, in der sich ihr Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort befindet, bei der Ermittlung der Norm ausschließlich für den Kindergarten berücksichtigt werden, bei dem es sich um den nächstgelegenen Kindergarten der freien Wahl handelt.

§ 2 - Unbeschadet von Artikel 34 kann ein Kindergarten, der geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert wurde, ab dem zweiten Jahr nach der Schließung innerhalb von neun Jahren ab dem ersten Tag des Schuljahres wieder eröffnet beziehungsweise subventioniert werden, wenn er am vorletzten Schultag des Monats September mindestens sechs Vorschüler zählt.

Erfüllt der Kindergarten die in Absatz 1 festgelegte Bedingung nicht, wird er geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Gehalts- und Funktionskosten.

Berücksichtigt werden die regulären Schüler, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und bis zum letzten Schultag des Monats September an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren, wobei die Vorschüler, die eine Schule ihrer freien Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen in der Ortschaft haben, in der sich ihr Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort befindet, bei der Ermittlung der Norm ausschließlich für den Kindergarten berücksichtigt werden, bei dem es sich um den nächstgelegenen Kindergarten der freien Wahl handelt.

§ 3 - In Abweichung von § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 3 werden auch die Schüler berücksichtigt, die ihren Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer in- oder ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts haben, falls diese Körperschaft sich anteilmäßig an den Personal- und Funktionskosten beteiligt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für diesen Kindergarten entstehen, unter der Bedingung, dass diese Beteiligung Gegenstand einer schriftlichen Vereinbarung ist.»

Art. 53 - In Artikel 56 desselben Dekretes wird in § 1 ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«In Abweichung von Absatz 2 werden ebenfalls die regulären Vorschüler berücksichtigt, deren Kindergarten in Anwendung von Artikel 36 geschlossen wurde, und die am letzten Schultag des Monats September im betreffenden Kindergarten neu eingeschrieben worden sind.»

Art. 54 - Artikel 78 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 78 - Prinzip

§ 1 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Funktionssubventionen zurück. Dies kann anhand einer Einbehaltung der ausstehenden Funktionsmittel erfolgen.

§ 2 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Gehälter zurück, wenn der ununterbrochene Zeitraum, während dem diese ungerechtfertigte Zahlung bereits erfolgt, nicht mehr als drei Jahre beträgt. Wurde die Zahlung nicht durch einen Fehler der Regierung bedingt, fordert die Regierung unabhängig vom Zeitraum diese Zahlungen zurück.

In außergewöhnlichen Fällen kann die Regierung ganz oder teilweise von einer Rückforderung absehen. Diese Möglichkeit besteht, wenn die zu Unrecht erfolgte Bezahlung durch einen Fehler der Regierung bedingt wurde und wenn das betroffene Personalmitglied den Erhalt des Betrages in Beachtung des Grundsatzes der Gutgläubigkeit als unumstößlich betrachten kann.»

Art. 55 - In Artikel 79 desselben Dekretes wird Absatz 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Vorschrift, die in Artikel 78 angeführte Rückforderung vorzunehmen, verjährt innerhalb eines Jahres, wenn es sich um Gehälter handelt, beziehungsweise zwei Jahre, wenn es sich um Funktionssubventionen handelt, wobei diese Frist am 1. Januar beginnt, der dem Zeitpunkt der Auszahlung folgt.»

KAPITEL XXI — *Abänderung des Dekretes vom 25. Mai 1999 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen*

Art. 56 - Artikel 30 des Dekretes vom 25. Mai 1999 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 30 - Prinzip

§ 1 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Funktionssubventionen zurück. Dies kann anhand einer Einbehaltung der ausstehenden Funktionssubventionen erfolgen.

§ 2 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Gehälter zurück, wenn der ununterbrochene Zeitraum, während dem diese ungerechtfertigte Zahlung bereits erfolgt, nicht mehr als drei Jahre beträgt. Wurde die Zahlung nicht durch einen Fehler der Regierung bedingt, fordert die Regierung unabhängig vom Zeitraum diese Zahlungen zurück.

In außergewöhnlichen Fällen kann die Regierung ganz oder teilweise von einer Rückforderung absehen. Diese Möglichkeit besteht, wenn die zu Unrecht erfolgte Bezahlung durch einen Fehler der Regierung bedingt wurde und wenn das betroffene Personalmitglied den Erhalt des Betrages in Beachtung des Grundsatzes der Gutgläubigkeit als unumstößlich betrachten kann.»

Art. 57 - In Artikel 31 desselben Dekretes wird Absatz 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Vorschrift, die in Artikel 30 angeführte Rückforderung vorzunehmen, verjährt innerhalb eines Jahres, wenn es sich um Gehälter, beziehungsweise zwei Jahre, wenn es sich um Funktionssubventionen handelt, wobei diese Frist am 1. Januar beginnt, der dem Zeitpunkt der Auszahlung folgt.»

KAPITEL XXII — *Abänderung des Dekretes vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen*

Art. 58 - In Artikel 5 § 4 des Dekretes vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Es werden ebenfalls die Studenten berücksichtigt, die im Sinne von Artikel 3.12 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft reguläre Studenten sind und spätestens am letzten Schultag des Monats September des laufenden akademischen Jahres eingeschrieben sind.»

KAPITEL XXIII — *Abänderung vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003*

Art. 59 - Artikel 5 § 4 Absatz 2 des Dekretes vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Bezahlung erfolgt für die in § 1 Absatz 1 angeführten Urlaube auf der Grundlage des Amtes, in dem das Personalmitglied definitiv ernannt oder eingestellt ist.»

Art. 60 - In Artikel 5 § 4 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird zwischen den Absätzen 2 und 3 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 2 wird ein Personalmitglied, das in einem Auswahl- oder Beförderungsamts definitiv ernannt oder eingestellt ist, auf der Grundlage des Amtes besoldet, das es in Anwendung von § 1 Absatz 1 Nummer 4 ausübt.»

KAPITEL XXIV — *Abänderung des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 61 - Artikel 36 Absatz 2 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 darf der prozentuale Anteil der definitiven Ernennungen im Grundschulwesen höchstens 95 Prozent des Stellenkapitals ausmachen, das für das entsprechende Anwerbungsamt zur Verfügung steht.»

Art. 62 - In Artikel 69 § 1 desselben Dekretes wird zwischen Absatz zwei und drei ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Sind die vor der Übernahme erbrachten Dienste in einem Auswahlamt geleistet worden, das beim übernehmenden Träger nicht existiert, werden sie bei der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als ob sie in dem Anwerbungsamt, das den Zugang zu dem jeweiligen Auswahlamt eröffnet, erbracht worden wären.»

Art. 63 - In Artikel 73 desselben Dekretes wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amts wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

KAPITEL XXV — *Abänderung des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen*

Art. 64 - In Artikel 26 § 1 Nummer 4 und § 2 Nummer 5 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen wird die Wortfolge "des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses" durch die Wortfolge "des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses oder eines Prüfungsausschusses, der von der Französischen Gemeinschaft organisiert wird," ersetzt.

KAPITEL XXVI — *Abänderung des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005*

Art. 65 - In Artikel 27 des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 wird zwischen den Absätzen 7 und 8 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Der neunwöchige Zeitraum der Arbeitsunterbrechung nach der Entbindung wird auf Antrag des Personalmitglieds um eine zusätzliche Woche verlängert, wenn das Personalmitglied während der sechs Wochen vor dem tatsächlichen Geburtstermin beziehungsweise acht Wochen, falls eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, arbeitsunfähig gewesen ist.»

Art. 66 - Artikel 23 Nummer 12 Buchstabe a desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«a) Vorladung vor Gericht,"

KAPITEL XXVII — *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 67 - In Artikel 3.1 Absatz 2 des Dekretes 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "im Laufe des zweiten akademischen Jahres" durch die Wortfolge "im Laufe des dritten akademischen Jahres" ersetzt.

Art. 68 - In Artikel 3.2 § 4 Absatz 1 desselben Dekretes wird eine Nummer 7 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«7. Bescheinigung über das Bestehen der Ausbildung, die vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Familien- und Seniorenhilfe organisiert wird und die mindestens 1300 Ausbildungsstunden umfasst.»

Art. 69 - In Artikel 5.46 desselben Dekretes wird ein Absatz mit folgendem Wort hinzugefügt:

«Ein Personalmitglied, das ohne rechtmäßigen Grund abwesend ist, befindet sich von Amts wegen im nichtaktiven Dienst und hat für die Dauer der Abwesenheit kein Anrecht auf Gehalt und die diesbezüglichen regelmäßigen Erhöhungen.»

Art. 70 - Artikel 5.79ter Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Bewertungsbericht,"

Art. 71 - Artikel 7.7 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 7.7 - Prinzip

§ 1 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Funktionsmittel zurück. Dies kann anhand einer Einbehaltung der ausstehenden Funktionsmittel erfolgen.

§ 2 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Gehälter zurück, wenn der ununterbrochene Zeitraum, während dem diese ungerechtfertigte Zahlung bereits erfolgt, nicht mehr als drei Jahre beträgt. Wurde die Zahlung nicht durch einen Fehler der Regierung bedingt, fordert die Regierung unabhängig vom Zeitraum diese Zahlungen zurück.

In außergewöhnlichen Fällen kann die Regierung ganz oder teilweise von einer Rückforderung absehen. Diese Möglichkeit besteht, wenn die zu Unrecht erfolgte Bezahlung durch einen Fehler der Regierung bedingt wurde und wenn das betroffene Personalmitglied den Erhalt des Betrages in Beachtung des Grundsatzes der Gutgläubigkeit als unumstößlich betrachten kann.»

Art. 72 - In Artikel 7.8 desselben Dekretes wird Absatz 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Vorschrift, die in Artikel 7.7 angeführte Rückforderung vorzunehmen, verjährt innerhalb eines Jahres, wenn es sich um Gehälter handelt, beziehungsweise zwei Jahre, wenn es sich um Funktionsmittel handelt, wobei diese Frist am 1. Januar beginnt, der dem Zeitpunkt der Auszahlung folgt.»

KAPITEL XXVIII — *Vergütungen und finanzielle Mittel für die Pädagogische Betreuung von bestimmten Studenten*

Art. 73 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungspersonals und des paramedizinischen Personals der Regel- und Sondergrundschulen sowie der Regel- und Sondersekundarschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens mit Ausnahme der Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts in einer Übungsgrundschule bekleiden;
2. das technische Personal der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten PMS-Zentren;
3. die Schulträger der Schulen oder PMS-Zentren, in denen die in Nummer 1 und 2 angeführten Personalmitglieder beschäftigt sind und wo Studenten nach Maßgabe des vorliegenden Kapitels betreut werden.

Art. 74 - Folgende betreute Praktika und Laboratorien von Studenten des Hochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer in Schulen kommen für die Gewährung einer Vergütung beziehungsweise finanzieller Mittel in Frage:

1. die Laboratorien zur reflektierenden Verbindung Praxis-Theorie gemäß Artikel 2.8 § 2 Absatz 1 Nummer 5.1 des Dekretes 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule,
2. die Praktika gemäß Artikel 2.8 § 2 Absatz 1 Nummer 5.2 des Dekretes 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule,

3. Praktika von Studenten aus der Französischen Gemeinschaft im Rahmen der Ausbildung für ein Lehramt auf Grundschulebene,

4. Praktika von Studenten aus der Französischen Gemeinschaft im Rahmen der Ausbildung für ein Lehramt auf Sekundarschulebene,

5. Praktika von Studenten aus der Französischen Gemeinschaft im Rahmen der Ausbildung für ein Amt in einem PMS-Zentrum oder in einem Internat.

Art. 75 - Die Personalmitglieder, die einen Studenten bei einem in Artikel 74 Nummer 2, 3, 4 und 5 angeführten Praktikum betreuen, erhalten eine Vergütung in Höhe von 4 EUR pro Stunde.

Die Personalmitglieder, die einen Studenten bei einem in Artikel 74 Nummer 1 angeführten Laboratorium betreuen, erhalten eine Vergütung in Höhe von 15 EUR für jeden Unterrichtstag.

Art. 76 - Der Schulträger erhält pro Student, der in seinen Schulen gemäß Artikel 74 betreut wird, finanzielle Mittel, die wie folgt ermittelt werden:

1. pro vollständiger Unterrichtswoche für einen Studenten im zweiten Studienjahr 30 EUR,

2. pro vollständiger Unterrichtswoche für einen Studenten in einem anderen Studienjahr 20 EUR.

Diese finanziellen Mittel werden pädagogischen Zwecken im Sinne von Artikel 3 des Dekretes vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen zugeführt.

Art. 77 - Die Regierung legt die Auszahlungsmodalitäten fest.

KAPITEL XXIX — Urlaub zur Ablegung von Prüfungen für zeitweilige und definitive Personalmitglieder

Art. 78 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden und die einem Dienstrecht unterliegen,

2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden und die einem Dienstrecht unterliegen.

Art. 79 - Urlaub zur Ablegung von Prüfungen

Der Schulträger gewährt den in Artikel 78 erwähnten Personalmitgliedern, die sich im aktiven Dienst befinden, auf ihren Antrag hin einen Urlaub zur Ablegung von Prüfungen, die der im Unterrichtswesen ausgeübten Tätigkeit dienlich sind.

Die Dauer des Urlaubs darf 10 Arbeitstage pro Kalenderjahr nicht überschreiten.

Der Urlaub gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.

KAPITEL XXX — Schaffung einer Ausbildung zum Dirigenten für Chor- und Harmoniemusik an der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 80 - An der Musikakademie wird eine Ausbildung zum Dirigenten für Chor- und Harmoniemusik eingeführt.

Diese Ausbildung zum Dirigenten besteht aus einem Zyklus, der vier Jahre umfasst. Am Ende eines jeden Zyklus entscheidet die Regierung auf Vorschlag des Verwaltungsrates der Musikakademie, ob ein weiterer Zyklus organisiert wird.

Art. 81 - Der Schüler, der folgende Bedingungen erfüllt, ist zur Ausbildung zum Dirigenten für Chor- und Harmoniemusik zugelassen:

1. er hat mit Erfolg das fünfte Jahr Musikerziehung abgeschlossen;

2. er hat die Einschreibgebühr entrichtet.

Art. 82 - § 1 - Die Ausbildung zum Dirigenten für Chor- und Harmoniemusik umfasst folgende Fächer:

1. Musikerziehung: bis zum erfolgreichen Abschluss des 7. Jahres;

2. Harmonielehre: bis zum erfolgreichen Abschluss der Mittelstufe;

3. Dirigieren: 4 Jahre, wobei eine Stunde pro Woche in den ersten beiden und eineinhalbe Stunde pro Woche in den beiden letzten Jahren erteilt werden.

Das Fach Dirigieren ist in der Oberstufe angesiedelt.

Das Fach Dirigieren und das Fach Harmonielehre gestalten sich kollektiv, wobei letzteres maximal 2 Stunden pro Woche umfasst.

§ 2 - Die Ausbildung zum Chordirigenten umfasst zusätzlich zu den in § 1 erwähnten Fächern die folgenden Fächer:

1. Klavier: bis zum erfolgreichen Abschluss des 4. Jahres,

2. Gesang: bis zum erfolgreichen Abschluss des 4. Jahres.

§ 3 - Der Schüler, der bereits eines oder mehrere der in §§ 1 und 2 erwähnten Fächer mit Erfolg abgeschlossen hat, ist von der Teilnahme an den jeweiligen Kursen und von der Ablegung der Prüfung befreit.

Art. 83 - Die Prüfungen in den in Artikel 82 erwähnten Fächern, mit Ausnahme des in Artikel 82 § 1 Nr. 3 angeführten Fachs, finden jährlich statt.

Am Ende des vierjährigen Zyklus der Ausbildung zum Dirigenten findet eine der Öffentlichkeit zugängliche Prüfung in dem Fach Dirigieren statt. Der Verwaltungsrat der Musikakademie legt die Modalitäten dieser Prüfung fest.

Art. 84 - Die Ausbildung zum Dirigenten gilt als abgeschlossen, wenn der Schüler die in Artikel 82 erwähnten Fächer erfolgreich abgeschlossen hat.

Das Diplom, das der Schüler nach erfolgreichem Abschluss erhält, befähigt ihn, eine Amateurkunstvereinigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu dirigieren.

Art. 85 - Zusätzlich zum regulären Stundenkapital wird der Musikakademie für die Organisation der Ausbildung zum Dirigenten jährlich ein maximales Stundenkapital von 14 Stunden pro Woche gewährt. Die Regierung legt die Stundenanzahl fest.

KAPITEL XXXI — *Abweichung von den sprachlichen Anforderungen bei zeitweiligen Bezeichnungen und Einstellungen im Grundschulwesen für das Schuljahr 2007-2008*

Art. 86 - Artikel 12 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen gilt nicht bei zeitweiligen Bezeichnungen und Einstellungen im Schuljahr 2007-2008.

KAPITEL XXXII — *Schlussbestimmungen*

Art. 87 - Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht, des Personals der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate und der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes wird aufgehoben.

Art. 88 - Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 bezüglich der Ferien und Urlaube zugunsten der Praktikanten oder definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen PMS-Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste wird aufgehoben.

Art. 89 - Artikel 7 § 1 Nr. 3 Absatz 2 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, wird aufgehoben.

Art. 90 - Das Dekret vom 2. Mai 1995 zur Gewährung einer Vergütung für die pädagogische Betreuung von Studenten, die in den Regel- und Sondergrundschulen sowie in den Regel- und Sondersekundarschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens ein Praktikum absolvieren, wird aufgehoben.

Art. 91 - Artikel 55 des Dekretes vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2006 wird aufgehoben.

Art. 92 - Artikel 89 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

Die Artikel 33 und 58 treten mit Wirkung vom 1. Juli 2005 in Kraft.

Die Artikel 65, 73, 74, 75, 76, 77 und 90 treten mit Wirkung vom 1. September 2006 in Kraft.

Die Artikel 34 und 35 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Die Artikel 3, 11 und 44 treten mit Wirkung vom 1. Mai 2007 in Kraft.

Die Artikel 13, 14, 15, 16, 20, 28, 39, 40, 41, 46, 47, 48, 64, 67, 80, 81, 82, 83, 84, 85 und 86 treten am 1. Juli 2007 in Kraft.

Die Artikel 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 12, 19, 22, 23, 24, 26, 31, 32, 36, 37, 38, 43, 45, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 63, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 78, 79, 87, 88 und 91 treten am 1. September 2007 in Kraft.

Die Artikel 9, 10, 17, 18, 21, 30, 42, 49, 50, 51, 52, 53, 61 und 62 treten am 1. Januar 2008 in Kraft.

Die Artikel 25, 27 und 29 treten am 1. September 2008 in Kraft.

Vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft angenommen.

Eupen, den 25. Juni 2007.

Stephan THOMAS,
Generalsekretär.

Louis SIQUET,
Präsident.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 25. Juni 2007

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Notes

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007.*

Dokumente des Parlamentes. — 99 (2006-2007) Nr. 1 Dekretentwurf. — 99 (2006-2007) Nr. 2-6 Abänderungsvorschläge. — 99 (2006-2007) Nr. 7 Bericht. — 99 (2006-2007) Nr. 8 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 25. Juni 2007.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2007 — 4249

[C — 2007/33073]

25 JUIN 2007. — Décret portant des mesures en matière d'enseignement 2007 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique*

Article 1^{er}. L'article 16, § 3, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 6 janvier 1993, est remplacé par la disposition suivante :

« § 3. Pour l'application du présent article et par dérogation au § 2, le membre du personnel féminin désigné ou engagé à titre temporaire est censé, pendant le congé de maternité qu'il obtient à partir du 1^{er} septembre 2007 dans le cadre de la protection de la maternité en vertu de l'article 5 de l'arrêté royal du 29 mai 1972 relatif aux jours de congé rémunéré de maladie et de maternité des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical, désignés à titre temporaire, des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, prêter des services effectifs, dans la mesure où ce congé est compris dans la période de désignation ou d'engagement. »

Art. 2. Dans l'article 17, § 4, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 30 juin 2003, le passage « Pour les membres du personnel directeur et enseignant et du personnel auxiliaire d'éducation » est remplacé par le passage « Pour les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical ainsi que du personnel technique des centres PMS organisés et subventionnés par la Communauté germanophon. »

CHAPITRE II. — *Modification de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat*

Art. 3. L'article 5 de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat, modifié par la loi du 31 mars 1967, est complété par l'alinéa suivant :

« Par dérogation au premier alinéa, la fonction de préfet des études ou de directeur d'une école secondaire ordinaire ou spéciale sera, à partir du 1^{er} septembre 2007, attribuée à titre temporaire sous la forme d'une désignation à durée indéterminée conformément aux dispositions y afférentes de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements. Une nomination à titre définitif pourra intervenir par la suite conformément au même arrêté royal. »

CHAPITRE III. — *Modification de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat*

Art. 4. Dans l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, il est inséré un article 6bis, libellé comme suit :

« Article 6bis. Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat*

Art. 5. L'article 18, alinéa 2, de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, modifié par l'arrêté royal n° 72 du 20 juillet 1982, est remplacé par la disposition suivante :

« Le membre du personnel qui reçoit cette autorisation est tenu de prêter chaque semaine au moins la moitié de la durée des prestations normalement imposée pour la fonction qu'il exerce. Pendant son absence, le membre du personnel ne peut exercer aucune activité lucrative. »

Art. 6. L'article 19, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal est remplacé par la disposition suivante :

« L'autorisation visée à l'article précédent est accordée pour une période de douze mois. »

Art. 7. L'article 25, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal n° 72 du 20 juillet 1982, est remplacé par la disposition suivante :

« Le membre du personnel qui reçoit cette autorisation est tenu de prêter chaque semaine au moins la moitié de la durée des prestations normalement imposée pour la fonction qu'il exerce. »

Art. 8. L'article 26, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal n° 72 du 20 juillet 1982, est remplacé par la disposition suivante :

« L'autorisation visée dans l'article précédent est accordée pour une période de douze mois. »

CHAPITRE V. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 9. L'article 38, alinéa 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« Par dérogation au premier alinéa, le pourcentage de nominations définitives dans l'enseignement fondamental peut représenter au plus 95 % du capital emplois disponible pour la fonction de recrutement correspondante. »

Art. 10. L'article 40, 2°, du même arrêté royal, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 2° la durée des services rendus en qualité d'agent contractuel subventionné et de temporaire est égale au nombre de jours comptés du début à la fin d'une période ininterrompue d'activité de service, y compris, s'ils sont englobés dans cette période, les congés de détente ainsi que les vacances de Noël et de Pâques, le congé de maternité, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou la tutelle officieuse, ou les congés exceptionnels conformément aux dispositions légales et réglementaires; le nombre de jours ainsi obtenu est multiplié par 1,2. »

Art. 11. Dans le chapitre VIII du même arrêté royal, il est inséré une section 6, comprenant les articles 121*bis* à 121*terdecies* :

« Section 6. Dispositions particulières relatives au préfet des études ou directeur d'une école secondaire ordinaire ou spéciale

Article 121*bis*. Principe

Par dérogation aux sections 1 et 2, la fonction de préfet des études ou de directeur d'une école secondaire ordinaire ou spéciale, ci-après désignée par le terme « chef d'établissement » sera, à partir du 1^{er} septembre 2007, uniquement attribuée sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-après.

Article 121*ter*. Conditions d'admission

Pour occuper cette fonction, le candidat doit :

1° être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

2° posséder au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré; à défaut de candidat porteur de ce diplôme, un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré suffit;

3° avoir introduit sa candidature dans la forme et le délai fixés par l'appel aux candidats;

4° jouir des droits civils et politiques;

5° avoir satisfait aux lois sur la milice.

Article 121*quater*. Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié dans le *Moniteur belge* et sous toute autre forme appropriée.

L'appel mentionne le profil requis du chef d'établissement ainsi que les objectifs à atteindre au cours de la désignation.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y joint entre autres un plan de stratégie et d'action visant à réaliser les objectifs dont question à l'alinéa précédent.

Article 121*quinquies*. Désignation

Le pouvoir organisateur désigne un candidat au poste de chef d'établissement. Il institue à cette fin une commission indépendante.

La commission se base entre autres sur le plan de stratégie et d'action introduit par le candidat ainsi que sur un entretien de candidature.

La qualification pédagogique et l'expérience professionnelle constituent des critères de sélection pour la désignation.

La commission est constituée de trois personnes dont une dispose de connaissances techniques au niveau pédagogique et une autre au niveau juridique. La présidence est assurée par un fonctionnaire dirigeant de l'administration de l'enseignement. Le Gouvernement institue la commission et en désigne les membres.

Article 121*sexies*. Durée et fin de la désignation et nomination

§ 1^{er}. La désignation a une durée indéterminée.

§ 2. Elle prend fin dans les cas suivants :

1° suspension préventive de plus de six mois;

2° mise en disponibilité par retrait d'emploi dans l'intérêt du service de plus de six mois;

3° prononcé des peines disciplinaires suivantes :

a) retenue sur traitement;

b) suspension disciplinaire;

c) mise en non-activité par mesure disciplinaire;

d) licenciement pour faute grave;

- 4° démission volontaire, s'il s'agit d'un membre du personnel nommé à titre définitif;
- 5° renonciation volontaire à la désignation;
- 6° résiliation unilatérale par le pouvoir organisateur;
- 7° rapport d'évaluation portant la mention « insuffisan. »

En cas de congé ou de mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité pour une période ininterrompue de plus de six mois, le pouvoir organisateur peut mettre fin à la désignation.

Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 4° et 5°, le chef d'établissement doit respecter un délai de préavis de 60 jours.

Dans le cas prévu au premier alinéa, 6°, le délai de préavis est de six mois lorsque l'ancienneté de fonction du chef d'établissement est inférieure ou égale à 5 ans; la durée du préavis est prolongée de 3 mois par période entamée de 5 ans.

Le délai de préavis prescrit dans les alinéas précédents peut être réduit de commun accord. Le congé est donné par un recommandé indiquant la durée du préavis et qui produit ses effets le troisième jour ouvrable suivant la date de son expédition.

§ 3. La désignation prend fin d'office après cinq ans si le chef d'établissement n'a, pendant cette période, réussi aucune formation spécifique de chef d'établissement reconnue par le Gouvernement.

Le Gouvernement soumet les éléments essentiels d'une formation à l'approbation du Parlement.

§ 4. Un chef d'établissement âgé d'au moins 50 ans est nommé à titre définitif s'il :

- 1° a une ancienneté de fonction d'au moins 5 ans;
- 2° a obtenu au moins la mention « suffisant » dans son dernier rapport d'évaluation.

Article 121septies. Statut

§ 1^{er}. Sans préjudice de l'alinéa 2, le chef d'établissement est soumis, pendant l'exercice de sa fonction, aux articles 5 à 14, 52, 54, 55, 56 à 65 et 122 à 167, 168, 2°, et 169, 3°, du présent statut.

Il est interdit au chef d'établissement :

1° de bénéficier d'un congé ou d'une mise en disponibilité, autres que :

- a) le congé annuel
- b) le congé de circonstance
- c) le congé exceptionnel pour cas de force majeure
- d) le congé de maternité
- e) le congé pour adoption ou tutelle officieuse
- f) le congé pour cause de maladie ou d'infirmité
- g) la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité

2° de bénéficier d'une interruption de carrière autre que l'interruption de carrière complète ou partielle pour congé parental, pour soins palliatifs ou pour l'octroi de soins à un membre du ménage ou de la famille qui souffre d'une maladie grave.

§ 2. Le § 1^{er} vaut également pour un chef d'établissement nommé à titre définitif en application de l'article 121sexies § 4.

Article 121octies. Remplacement temporaire

§ 1^{er}. Lorsqu'il est prévu que le chef d'établissement sera vraisemblablement absent pendant plus de 20 jours de travail consécutifs en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 121septies, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par un autre membre du personnel directeur et enseignant nommé à titre définitif et remplissant les conditions de l'article 121ter, sauf celle énoncée au point 3°.

Ne sont pas considérés comme jours de travail au sens de l'alinéa précédent :

1° les jours de congé scolaire mentionnés à l'article 58 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° les jours des vacances d'été qui, en vertu de la législation en matière de congés, font partie intégrante des congés de vacances annuelles.

Lorsqu'il est prévu que le chef d'établissement sera vraisemblablement absent pendant plus d'une année en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 121septies, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par une personne remplissant les conditions de l'article 121ter. La procédure énoncée aux articles 121quater et 121quinquies est d'application.

§ 2. Pendant le remplacement temporaire, les articles 121septies, § 1^{er}, alinéa 2, 121nonies, 121duodécies et 121terdecies s'appliquent au remplaçant.

Article 121nonies. Traitement et prime

§ 1^{er}. Pendant la désignation, le chef d'établissement perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement reprise à l'alinéa 2 avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans, majorée d'une prime mensuelle de 285,65 EUR pour une école secondaire comptant moins de 600 élèves ou de 428,48 EUR pour une école secondaire comptant 600 élèves ou plus. Les augmentations prévues dans l'échelle de traitement sont octroyées ensuite tous les deux ans.

Les échelles de traitement suivantes sont applicables :

1° Pour le directeur d'un établissement de l'enseignement ordinaire, l'échelle de traitement 270 reprise sous la rubrique « Directeur d'un établissement de l'enseignement ordinaire » figurant à l'article 2, chapitre C « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire inférieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation et paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat;

2° Pour le directeur d'un établissement de l'enseignement spécial, l'échelle de traitement 270/I reprise sous la rubrique « Directeur d'un établissement de l'enseignement spécial » figurant à l'article 2, chapitre C « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire inférieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné au point 1°;

3° Pour le préfet des études, l'échelle de traitement 471 reprise sous la rubrique « Préfet des études d'un athénée royal ou d'un lycée » figurant à l'article 2, chapitre D « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire supérieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné au point 1°;

4° Pour le directeur, l'échelle de traitement 471 reprise sous la rubrique « Directeur » figurant à l'article 2, chapitre D « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire supérieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné au point 1°.

§ 2. S'il s'agit d'un membre du personnel, il continue de percevoir son traitement par dérogation au § 1^{er} et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement visé au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps et aux mêmes conditions que le traitement mensuel.

§ 3. S'il n'est pas membre du personnel, le chef d'établissement perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions en vigueur dans l'enseignement, le montant visé au § 1^{er} servant de base de calcul.

§ 4. Le montant dont question aux §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par l'arrêté royal n° 178 du 30 décembre 1982, l'arrêté royal du 24 décembre 1993 et les lois des 2 janvier 2001 et 19 juillet 2001.

La prime continue d'être versée en cas de congé pour cause de maladie.

Article 121*decies*. Allocation accordée aux préfets des études ou directeurs déjà nommés à titre définitif

Un chef d'établissement déjà nommé à titre définitif avant le 1^{er} septembre 2007 reçoit la prime visée à l'article 121*nonies*, § 2, à partir du mois qui suit celui au cours duquel il a réussi une formation spécifique de chef d'établissement reconnue par le Gouvernement.

Article 121*undecies*. Rapport d'évaluation

§ 1^{er}. Pour un chef d'établissement, le pouvoir organisateur établit au moins un rapport d'évaluation tous les 5 ans. Il mène à cette fin un entretien d'évaluation. L'évaluation est effectuée par le fonctionnaire dirigeant de l'administration de l'enseignement. Le chef d'établissement peut demander une telle évaluation.

Avant que le fonctionnaire dirigeant ne tienne l'entretien d'évaluation, il prend connaissance de l'avis rendu par le conseil pédagogique en vue de l'évaluation, avis qui comprend entre autres une recommandation d'évaluation. Par dérogation à l'article 49 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, le chef d'établissement ne participe pas aux réunions du conseil pédagogique où l'avis est établi. Le conseil pédagogique désigne un membre du personnel qui assure la présidence de ces réunions.

Le chef d'établissement établit au préalable un rapport portant sur la mise en oeuvre du plan de stratégie et d'action et sur la réalisation des objectifs, rapport qui servira de base à l'entretien d'évaluation.

Le rapport d'évaluation peut se conclure par les mentions « insuffisant », « insatisfaisant », « satisfaisant », « bon » ou « très bon ».

§ 2. Le rapport est remis en double exemplaire au chef d'établissement. Il signe les deux exemplaires et en conserve un.

§ 3. Le chef d'établissement peut signer le rapport sous réserve et, dans les 10 jours de sa réception, introduire un recours devant la chambre de recours.

Dans les 45 jours suivant le jour où elle a reçu le recours, la chambre de recours transmet un avis motivé au pouvoir organisateur.

Le pouvoir organisateur remet sa décision définitive dans les 10 jours de la réception de l'avis. S'il ne suit pas l'avis, il indique ses motivations.

Le recours est suspensif.

Article 121*duodecies*. Retour

Pour autant qu'il soit nommé à titre définitif dans l'enseignement communautaire, le membre du personnel réintègre son ancienne fonction à la fin de la désignation, sauf dans les cas énoncés à l'article 121*sexies*, § 2, alinéa 1^{er}, 3°, d) et 4°.

Article 121*terdecies*. Prise en compte des services prestés

Pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, les services prestés pendant l'exercice de la fonction de chef d'établissement sont pris en considération pour calculer l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction et l'ancienneté pécuniaire. »

Art. 12. Dans le même arrêté royal, il est inséré un article 162*bis*, libellé comme suit :

« Article 162*bis*. Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

Art. 13. L'article 167, § 1^{er}, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 16 février 1983, l'arrêté du Gouvernement du 12 septembre 1990 et le décret du 26 juin 2006, est complété par l'alinéa suivant :

« Par dérogation aux alinéas précédents, un membre du personnel nommé à titre définitif dans l'enseignement de jour doit marquer son accord pour un rappel en activité de service dans la formation scolaire continuée. »

Art. 14. L'article 167, § 2, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 16 février 1983 et l'arrêté du Gouvernement du 12 septembre 1990, est complété par l'alinéa suivant :

« Par dérogation aux alinéas précédents, un membre du personnel nommé ou engagé à titre définitif dans l'enseignement de jour doit marquer son accord pour une remise au travail dans la formation scolaire continuée. »

CHAPITRE VI. — *Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état et des internats dépendant de ces établissements*

Art. 15. Dans l'article 13bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements, le passage « de toute autre fonction de la même catégorie » est remplacé par le passage « de toute autre fonction de la même catégorie ou non. »

Art. 16. Dans l'article 13bis du même arrêté royal, il est inséré un § 6, libellé comme suit :

« § 6. Par dérogation aux paragraphes précédents, un membre du personnel nommé ou engagé à titre définitif dans l'enseignement de jour doit marquer son accord pour un complément d'horaire dans la formation scolaire continuée. »

CHAPITRE VII. — *Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone*

Art. 17. L'article 22quinquies, alinéa 2, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« Par dérogation au premier alinéa, le pourcentage de nominations définitives dans l'enseignement fondamental peut représenter au plus 95 % du capital emplois disponible pour la fonction de recrutement correspondante »

Art. 18. L'article 22septies, 2°, du même arrêté royal, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 2° la durée des services rendus en qualité d'agent contractuel subventionné et de temporaire est égale au nombre de jours comptés du début à la fin d'une période ininterrompue d'activité de service, y compris, s'ils sont englobés dans cette période, les congés de détente ainsi que les vacances de Noël et de Pâques, le congé de maternité, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou la tutelle officieuse, ou les congés exceptionnels conformément aux dispositions légales et réglementaires; le nombre de jours ainsi obtenu est multiplié par 1,2. »

Art. 19. Dans l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, il est inséré un article 43bis, libellé comme suit :

« Article 43bis. Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

CHAPITRE VIII. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné*

Art. 20. Dans l'article 5, § 4, de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation, modifié par le décret du 6 juin 2005, il est inséré entre l'alinéa 2 et l'alinéa 3 un alinéa, libellé comme suit :

« Un membre du personnel nommé ou engagé à titre définitif dans l'enseignement de jour doit marquer son accord pour une réaffectation ou une remise au travail dans la formation scolaire continuée. »

CHAPITRE IX. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés*

Art. 21. L'article 31, 2°, de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 2° la durée des services rendus en qualité d'agent contractuel subventionné et de temporaire est égale au nombre de jours comptés du début à la fin d'une période ininterrompue d'activité de service, y compris, s'ils sont englobés dans cette période, les congés de détente ainsi que les vacances de Noël et de Pâques, le congé de maternité, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou la tutelle officieuse, ou les congés exceptionnels conformément aux dispositions légales et réglementaires; le nombre de jours ainsi obtenu est multiplié par 1,2. »

Art. 22. Dans l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés, il est inséré un article 172bis, libellé comme suit :

« Article 172bis. Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

CHAPITRE X. — *Modification de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection*

Art. 23. L'article 23, alinéa 2, de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection, modifié par l'arrêté royal du 13 janvier 1988, est remplacé par la disposition suivante :

« Le membre du personnel qui reçoit cette autorisation est tenu de prêter chaque semaine au moins la moitié de la durée des prestations normalement imposée pour la fonction qu'il exerce. Pendant son absence, le membre du personnel ne peut exercer aucune activité lucrative. »

Art. 24. L'article 32, alinéa 2, du même arrêté royal, modifié par la loi du 31 juillet 1984, est remplacé par la disposition suivante :

« Le membre du personnel qui reçoit cette autorisation est tenu de prêter chaque semaine au moins la moitié de la durée des prestations normalement imposée pour la fonction qu'il exerce. »

CHAPITRE XI. — *Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 25. Dans l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, modifié par le décret du 6 juin 2005, le § 2 est complété par un alinéa 4, libellé comme suit :

« Les prestations mentionnées à l'alinéa précédent sont préalablement consignées par écrit par le pouvoir organisateur et contresignées par le membre du personnel concerné. »

Art. 26. L'article 10bis, § 4, du même arrêté royal est remplacé par la disposition suivante :

« § 4. La mise en disponibilité est irréversible et est octroyée jusqu'à la date à laquelle le membre du personnel peut prétendre à la pension visée au § 1^{er}. A l'âge de 58 ans, il est possible de la commuer en une mise en disponibilité visée à l'article 8 ou à l'article 10 »

Art. 27. L'article 10bis du même arrêté royal est complété par des §§ 5 et 6, libellés comme suit :

« § 5. Pendant toute la durée de cette mise en disponibilité, un traitement d'attente est octroyé aux membres du personnel pour les heures ou périodes qui ne sont plus prestées; il représente 20 % du dernier traitement d'activité ou de la dernière subvention-traitement d'activité pour ces heures ou périodes.

§ 6. Les dispositions mentionnées à l'article 9 sont applicables à ces membres du personnel en ce qui concerne l'exercice d'une activité lucrative. »

CHAPITRE XII. — *Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial*

Art. 28. Dans l'article 53quater, § 3, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial, inséré par le décret du 6 juin 2005, le passage « aux années scolaires 2005-2006 et 2006-2007 » est remplacé par le passage « aux années scolaires 2005-2006 à 2008-2009 inclus. »

CHAPITRE XIII. — *Modification du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné*

Art. 29. L'article 3 du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné est complété par un alinéa 3, libellé comme suit :

« Le nombre maximal des élèves réguliers visés à l'alinéa 2 pour lequel une subvention est octroyée est de 126 pour tous les internats de l'enseignement libre subventionné, plus les élèves qui obtiennent une place en internat à la demande du Gouvernement de la Communauté germanophone. »

CHAPITRE XIV. — *Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury*

Art. 30. L'article 37 du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury est remplacé par la disposition suivante :

« Article 37. Le candidat peut, au plus tard dans les deux semaines suivant la proclamation publique des résultats, faire valoir par écrit auprès du Gouvernement ses objections contre des examens organisés de façon irrégulière et contre des décisions du jury. Dans le mois qui suit la date du recours, le Gouvernement communiquera par écrit, au candidat et au président du jury, sa décision motivée. »

CHAPITRE XV. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 31. L'article 4ter, § 2, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. Conformément à la législation fédérale, le congé peut, en cas de naissance, être octroyé jusqu'au moment où l'enfant atteint l'âge de six ans. »

Art. 32. Dans l'article 4quater, § 2, du même arrêté, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 un alinéa, libellé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa précédent, la durée maximale d'interruption pour un même malade est de 24 mois en cas d'interruption complète et de 48 mois pour une interruption à mi-temps, s'il s'agit de soins apportés à un enfant gravement malade âgé de 16 ans au plus et que les soins sont prodigués par un parent seul chargé de famille. La durée maximale est réduite de la durée pendant laquelle une interruption de carrière a déjà été accordée pour le même malade en application de cette même loi du 22 janvier 1985. »

CHAPITRE XVI. — *Modification du décret du 5 février 1996
relatif au contrôle des absences pour maladie des membres du personnel des établissements d'enseignement
et centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone*

Art. 33. L'article 1^{er} du décret du 5 février 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie des membres du personnel des établissements d'enseignement et centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone, est complété par un point 5°, libellé comme suit :

« 5° dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome en Communauté germanophone. »

Art. 34. L'article 1 du même décret est complété par un point 6°, libellé comme suit :

« 6° en application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés (T.C.S.) auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié par arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone, être engagé comme travailleur contractuel subventionné dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 35. L'article 5, alinéa 1^{er}, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Le non respect des dispositions du présent décret et des dispositions qui portent exécution de celui-ci a pour conséquence que le membre du personnel concerné est considéré comme étant en absence irrégulière à partir du jour où le non respect est constaté et perd sont droit au traitement ou à la subvention traitement pour la durée de l'absence irrégulière. »

CHAPITRE XVII. — *Modification du décret du 25 juin 1996
relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire*

Art. 36. Dans l'article 6, alinéa 1^{er}, 2°, du décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire, le passage « l'un des quatre contrats suivants » est remplacé par le passage « l'un des cinq contrats suivants. »

Art. 37. Dans l'article 6, alinéa 1^{er}, 2°, du même décret, le littéra a) est remplacé par la disposition suivante :

« a) une convention de premier emploi conformément à l'article 27, 2°, de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi. »

Art. 38. Dans l'article 6, 2°, du même décret, le littéra d) devient le e) et il est inséré un nouveau littéra d), libellé comme suit :

« d) une convention d'immersion professionnelle conformément au titre IV, chapitre X de la loi-programme du 2 août 2002. »

CHAPITRE XVIII. — *Modification du décret-programme du 20 mai 1997*

Art. 39. L'article 3^{ter} du décret-programme du 20 mai 1997, inséré par le décret du 30 juin 2003, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 3^{ter}. § 1^{er}. Le capital périodes obtenu par chaque école pour l'année scolaire concernée est calculé au moyen de la formule suivante : $X/Y \times Z$

X est le capital périodes qu'une école devrait obtenir pour l'année scolaire concernée en application de l'article 3, §§ 1^{er} et 2.

Y est le capital périodes global que toutes les écoles devraient obtenir pour l'année scolaire concernée en application de l'article 3, §§ 1^{er} et 2.

Z est le capital périodes global organisé au 1^{er} octobre 2002 dans toutes les écoles en application de l'article 3, §§ 1^{er} et 2.

§ 2. Si le capital périodes obtenu par une école conformément au § 1^{er} est inférieur au capital périodes organisé au 1^{er} octobre 2002 en application de l'article 3, §§ 1^{er} et 2, l'école en question obtient pour l'année scolaire concernée, par dérogation au § 1^{er}, le capital périodes le plus bas parmi les suivants :

1° le capital périodes organisé dans l'école au 1^{er} octobre 2002 en application de l'article 3, §§ 1^{er} et 2

ou

2° le capital périodes que l'école obtiendrait en application de l'article 3, §§ 1^{er} et 2 pour l'année scolaire concernée. »

Art. 40. L'article 4, § 2, du même décret, est complété par l'alinéa suivant :

« Les élèves ayant terminé un cours et obtenu, le cas échéant, un certificat d'études ne sont pas, en ce qui concerne ce cours, pris en considération pour déterminer la norme prévue dans les alinéas précédents. »

Art. 41. Dans le même décret, il est inséré un article 4^{ter}, libellé comme suit :

« Article 4^{ter}. § 1^{er}. Les instituts de formation scolaire continuée dont le pouvoir organisateur dispose également d'un établissement d'enseignement secondaire ordinaire de plein exercice sont rattachés à cet établissement.

Le cas échéant, l'article 5 de l'arrêté royal du 12 janvier 1966 fixant les conditions requises pour la détermination du nombre d'emplois dans les établissements d'enseignement technique de l'Etat n'est pas appliqué.

§ 2. Le pouvoir organisateur peut transférer à l'établissement d'enseignement de plein exercice tout ou partie du capital périodes octroyé à l'institut « rattaché » conformément aux articles 4 et 4^{bis}. Le pouvoir organisateur peut également transférer des parts du capital périodes de l'établissement d'enseignement de plein exercice à l'institut rattaché.

Les transferts mentionnés au premier alinéa ne peuvent avoir pour conséquence que des membres du personnel soient mis en disponibilité par défaut d'emploi.

Une nomination ou un engagement à titre définitif n'est pas autorisé pour un emploi créé en raison d'un transfert mentionné au premier alinéa.

§ 3. Les écoles secondaires ordinaires auxquelles est « rattaché » un institut de formation scolaire continuée obtiennent, par semaine, le nombre d'heures suivant pour la coordination et l'administration :

- 1° lorsque le capital périodes de la formation scolaire continuée est inférieur à 2 000 heures par an :
 - a) pour l'administration : 4 heures pour la fonction de commis-dactylo;
 - b) pour la coordination : 3 heures;
- 2° lorsque le capital périodes de la formation scolaire continuée se situe entre 2 000 et 4 000 heures par an :
 - a) pour l'administration : 6 heures pour la fonction de commis-dactylo;
 - b) pour la coordination : 5 heures;
- 3° lorsque le capital périodes de la formation scolaire continuée se situe entre 4 000 et 6 000 heures par an :
 - a) pour l'administration : 8 heures pour la fonction de commis-dactylo;
 - b) pour la coordination : 5 heures;
- 4° lorsque le capital périodes de la formation scolaire continuée est supérieur à 6000 heures par an :
 - a) pour l'administration : 1/2 emploi de commis-dactylo;
 - b) pour la coordination : 1/2 emploi.

Les heures mentionnées à l'alinéa 1, 1°, b), 2°, b), 3°, b) et 4°, b) pour la coordination sont rémunérées selon l'échelle 471 de directeur, rubrique « directeur », de l'article 2, chapitre D « personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire supérieur », de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat.

Les membres du personnel qui, au cours de l'année scolaire 2006-2007, ont occupé la fonction de surveillant-éducateur pendant au moins 15 semaines et exercent la fonction de commis-dactylo mentionnée au premier alinéa au cours des années scolaires 2007-2008 et 2008-2009 dans les instituts de formation scolaire continuée rattachés à une école secondaire ordinaire continuent de bénéficier jusqu'au 31 décembre 2008 de l'échelle de traitement leur attribuée dans la fonction de surveillant-éducateur.

Une nomination ou un engagement à titre définitif dans le cadre de ces heures ne sont pas autorisés. »

CHAPITRE XIX. — *Modification du décret du 14 décembre 1998
fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné
et du centre PMS libre subventionné*

Art. 42. L'article 46, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié par le décret du 29 mars 2004, est remplacé par la disposition suivante :

« Par dérogation au premier alinéa, le pourcentage d'engagements à titre définitif dans l'enseignement fondamental peut représenter au plus 95 % du capital emplois disponible pour la fonction de recrutement correspondante. »

Art. 43. Dans l'article 49, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, il est inséré entre les points 8° et 9° un point *8bis*, libellé comme suit :

« *8bis*. avoir obtenu au moins la mention « satisfaisant » dans le dernier bulletin de signalement visé à l'article 39*bis*; s'il n'y a pas de bulletin de signalement, la condition est censée être remplie. »

Art. 44. Dans le titre I du même décret, il est inséré entre le chapitre V et le chapitre *Vbis* comprenant les articles 69*bis* à 69*quinquies*, qui devient le chapitre *Vter* comprenant les articles 69.14 à 69.19, un chapitre *Vbis* qui comprend les articles 69.1 à 69.13 :

« Chapitre *Vbis* : Dispositions particulières relatives aux chefs d'établissement ou directeurs d'une école secondaire ordinaire ou spéciale

Article 69.1. Principe

Par dérogation au chapitre V, la fonction de chef d'établissement ou de directeur d'une école secondaire ordinaire ou spéciale, dénommé ci-après « chef d'établissement », sera, à partir du 1^{er} septembre 2007, attribuée sous la forme d'engagement à durée indéterminée et d'engagement à titre définitif conformément aux dispositions ci-après.

Article 69.2. Conditions d'admission

Pour occuper cette fonction, le candidat doit :

1° être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

2° disposer d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré au moins; à défaut de candidat porteur de ce diplôme, un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré suffit;

3° avoir introduit sa candidature dans la forme et le délai fixés dans l'appel aux candidats;

4° jouir des droits civils et politiques;

5° avoir satisfait aux lois sur la milice.

Article 69.3. Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié dans les journaux et sous toute autre forme appropriée.

L'appel mentionne le profil requis du chef d'établissement ainsi que les objectifs à atteindre au cours de l'engagement.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y joint entre autres un plan de stratégie et d'action visant à réaliser les objectifs dont question à l'alinéa précédent

Article 69.4. Désignation du chef d'établissement

Le pouvoir organisateur décide quel candidat doit exercer la fonction.

Il se base entre autres sur le plan de stratégie et d'action introduit par le candidat ainsi que sur un entretien de candidature.

Article 69.5. Durée et fin de l'engagement à durée indéterminée et engagement à titre définitif

§ 1^{er}. L'engagement est à durée indéterminée.

§ 2. Il prend fin dans les cas suivants :

- 1° suspension préventive de plus de six mois;
- 2° mise en disponibilité par retrait d'emploi dans l'intérêt du service de plus de six mois;
- 3° prononcé des peines disciplinaires suivantes :
 - a) retenue sur traitement;
 - b) suspension disciplinaire;
 - c) mise en non-activité par mesure disciplinaire;
 - d) licenciement pour faute grave;
- 4° démission volontaire, s'il s'agit d'un membre du personnel engagé à titre définitif;
- 5° renonciation volontaire à l'engagement;
- 6° résiliation unilatérale par le pouvoir organisateur;
- 7° rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant ».

En cas de congé ou de mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité pour une période ininterrompue de plus de six mois, le pouvoir organisateur peut mettre fin à l'engagement.

Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 4° et 5°, et par dérogation à l'article 80, alinéa 1^{er}, 1°, le chef d'établissement doit respecter un délai de préavis de 60 jours.

Dans le cas prévu à l'alinéa 1^{er}, 6°, le délai de préavis est de six mois lorsque l'ancienneté de fonction du chef d'établissement est inférieure ou égale à 5 ans; la durée du préavis est prolongée de 3 mois pour chaque période entamée de 5 ans.

Le délai de préavis prescrit dans les alinéas précédents peut être réduit de commun accord. Le congé est donné par un recommandé indiquant la durée du préavis et qui produit ses effets le troisième jour ouvrable suivant la date de son expédition.

§ 3. L'engagement prend fin d'office après cinq ans si le chef d'établissement n'a, pendant cette période, réussi aucune formation spécifique de chef d'établissement reconnue par le Gouvernement. Le Gouvernement soumet à l'approbation du Parlement les éléments essentiels d'une formation.

§ 4. Un chef d'établissement âgé de 50 ans au moins est engagé à titre définitif s'il a :

- 1° une ancienneté de fonction d'au moins 5 ans;
- 2° obtenu au moins la mention « suffisant » dans son dernier rapport d'évaluation »

Article 69.6. Statut

§ 1^{er}. Sans préjudice de l'alinéa 2, le chef d'établissement est soumis, pendant l'exercice de sa fonction, aux articles 13 à 30, 32, 70, 72 à 78 et 81 à 99, du présent statut.

Il est interdit au chef d'établissement :

1° de prendre un congé ou une mise en disponibilité, autres que :

- a) le congé annuel
- b) le congé de circonstance
- c) le congé exceptionnel pour cas de force majeure
- d) le congé de maternité
- e) le congé pour adoption ou tutelle officieuse
- f) le congé pour cause de maladie ou d'infirmité
- g) la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité;

2° de prendre une autre interruption de carrière que l'interruption de carrière complète ou partielle pour congé parental, pour soins palliatifs ou pour l'octroi de soins à un membre du ménage ou de la famille qui souffre d'une maladie grave.

§ 2. Le § 1^{er} vaut également pour un chef d'établissement engagé à titre définitif en application de l'article 69^{sexies}, § 4.

Article 69.7. Remplacement temporaire

§ 1^{er}. Lorsqu'il est prévu que le chef d'établissement sera vraisemblablement absent pendant plus de 20 jours de travail consécutifs en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 69.6, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par un autre membre du personnel directeur et enseignant engagé à titre définitif et remplissant les conditions de l'article 69.2., sauf celle énoncée au point 3°.

Ne sont pas considérés comme jours de travail au sens de l'alinéa précédent :

1° les jours de congé scolaire mentionnés à l'article 58 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° les jours des vacances d'été qui, en vertu de la législation en matière de congés, font partie intégrante des congés de vacances annuelles.

Lorsqu'il est prévu que le directeur sera vraisemblablement absent pendant plus d'une année en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 69.6, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par une personne remplissant les conditions de l'article 69.2. La procédure énoncée aux articles 69.3 et 69.4 est d'application.

§ 2. Pendant le remplacement temporaire, les articles 69.6, § 1^{er}, alinéa 2, 69.8, 69.11 et 69.12 s'appliquent au remplaçant.

Article 69.8. Traitement et prime

§ 1^{er}. Pendant son engagement, le chef d'établissement perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement reprise à l'alinéa 2 avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans, majorée d'une prime mensuelle de 285,65 EUR pour une école secondaire comptant moins de 600 élèves ou de 428,48 EUR pour une école secondaire comptant 600 élèves ou plus. Les augmentations prévues dans cette échelle de traitement sont octroyées ensuite tous les deux ans.

Les échelles de traitement suivantes sont applicables :

1° pour le directeur d'un établissement de l'enseignement ordinaire, l'échelle de traitement 270 reprise sous la rubrique « Directeur d'un établissement de l'enseignement ordinaire » figurant à l'article 2, chapitre C « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire inférieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation et paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat;

2° pour le directeur d'un établissement de l'enseignement spécial, l'échelle de traitement 270/I reprise sous la rubrique « Directeur d'un établissement de l'enseignement spécial » figurant à l'article 2, chapitre C « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire inférieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné au point 1°;

3° pour le préfet des études, l'échelle de traitement 471 reprise sous la rubrique « Préfet des études d'un athénée royal ou d'un lycée » figurant à l'article 2, chapitre D « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire supérieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné au point 1°;

4° pour le directeur, l'échelle de traitement 471 reprise sous la rubrique « Directeur » figurant à l'article 2, chapitre D « Personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire supérieur »

§ 2. S'il s'agit d'un membre du personnel, il continue de percevoir son traitement par dérogation au § 1^{er} et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement visé au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps et aux mêmes conditions que le traitement mensuel.

§ 3. S'il n'est pas membre du personnel, le directeur perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions en vigueur dans l'enseignement, le montant visé au § 1^{er} servant de base de calcul.

§ 4. Le montant dont question aux §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par l'arrêté royal n° 178 du 30 décembre 1982.

La prime continue d'être versée en cas de congé pour cause de maladie.

Article 69.9. Allocation accordée aux chefs d'établissement ou directeurs déjà engagés à titre définitif

Un chef d'établissement ou directeur déjà engagé à titre définitif avant le 1^{er} septembre 2007 reçoit la prime dont question à l'article 69.8, § 2, à partir du mois qui suit celui au cours duquel il a réussi une formation spécifique de chef d'établissement reconnue par le Gouvernement.

Article 69.10. Rapport d'évaluation

§ 1^{er}. Pour un chef d'établissement, le pouvoir organisateur établit au moins un rapport d'évaluation tous les 5 ans. Il mène à cette fin un entretien d'évaluation. Le chef d'établissement peut demander une telle évaluation.

Avant que le pouvoir organisateur ne tienne l'entretien d'évaluation, il prend connaissance de l'avis rendu par le conseil pédagogique en vue de l'évaluation, avis qui comprend entre autres une recommandation d'évaluation. Par dérogation à l'article 49 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, le chef d'établissement ne participe pas aux réunions du conseil pédagogique où l'avis est établi. Le conseil pédagogique désigne un membre du personnel qui assure la présidence de ces réunions.

Le chef d'établissement établit au préalable un rapport portant sur la mise en oeuvre du plan de stratégie et d'action et sur la réalisation des objectifs, rapport qui servira de base à l'entretien d'évaluation.

Le rapport d'évaluation peut se conclure par les mentions « insuffisant », « insatisfaisant », « satisfaisant », « bon » ou « très bon ».

§ 2. Le rapport est remis en double exemplaire au chef d'établissement. Il signe les deux exemplaires et en conserve un.

§ 3. Le chef d'établissement peut signer le rapport sous réserve et, dans les dix jours de sa réception, introduire un recours devant la chambre de recours.

Dans les 45 jours suivant le jour où elle a reçu le recours, la chambre de recours transmet un avis motivé au pouvoir organisateur.

Le pouvoir organisateur remet sa décision définitive dans les 10 jours de la réception de l'avis. S'il ne suit pas l'avis, il indique ses motivations.

Le recours est suspensif.

Article 69.11. Retour

Pour autant qu'il soit engagé à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné, le membre du personnel réintègre son ancienne fonction à la fin de l'engagement, sauf dans les cas énoncés à l'article 69.5, § 2, alinéa 1, 3°, d) et 4°.

Article 69.12. Prise en compte des services prestés

Pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de l'enseignement libre subventionné, les services prestés pendant l'exercice de la fonction de chef d'établissement sont pris en considération pour calculer l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction et l'ancienneté pécuniaire. »

Art. 45. L'article 75 du même décret est complété par l'alinéa suivant :

« Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

CHAPITRE XX. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 46. L'article 9 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire est remplacé par la disposition suivante :

« Article 9. § 1^{er}. Un élève domicilié à l'étranger et qui remplit les conditions générales d'admission fixées à l'article 8 produit, avant de pouvoir s'inscrire à l'école primaire, une attestation délivrée par l'autorité scolaire compétente de son pays de domicile et dont il ressort qu'il peut fréquenter une école primaire en Belgique. Cette attestation ne doit être présentée que lors de la première inscription.

Pour pouvoir être inscrit dans une école primaire en Communauté germanophone, l'élève domicilié à l'étranger doit de plus remplir une des conditions suivantes :

1° un de ses parents occupe un emploi en Communauté germanophone;

2° un frère ou une sœur de l'enfant sont déjà inscrits dans une école en Communauté germanophone;

3° il y a cas de force majeure, d'ordre pédagogique ou social, qui doit être approuvé par le Gouvernement.

Pour les élèves dont le domicile relève d'une entité territoriale étrangère de droit public, les conditions d'admission reprises au deuxième alinéa ne s'appliquent pas lorsqu'il existe une convention écrite entre cette entité territoriale et la Communauté germanophone.

§ 2. Le premier paragraphe ne s'applique pas à l'élève inscrit au registre des étrangers, au registre d'attente ou au registre de la population d'une commune belge. »

Art. 47. Dans l'article 15, § 1^{er}, du même décret, le passage « le troisième jour ouvrable » est remplacé par « le dernier jour ouvrable. »

Art. 48. L'article 15, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Un changement d'école en cours d'année scolaire n'est pas autorisé, sauf en cas de changement de domicile. »

Dans l'article 15, § 2, alinéa 2, du même décret, le passage « après le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire » est remplacé par « en cours d'année scolaire. »

Art. 49. Dans l'article 33, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 23 octobre 2000 et 19 avril 2004, le passage « 75 élèves primaires réguliers soumis à l'obligation scolaire » est remplacé par le passage « 75 élèves primaires réguliers soumis à l'obligation scolaire; les élèves qui, dans la localité où se trouve leur domicile ou leur résidence habituelle, ont une école de libre choix conformément à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, ne sont pris en compte que pour calculer la norme de l'école de libre choix la plus proche. »

Art. 50. Dans l'article 34, § 1^{er}, alinéa 2, 1^e phrase, du même décret, modifié par les décrets des 23 octobre 2000 et 19 avril 2004, le passage « au moins 25 élèves » est remplacé par le passage « au moins 25 élèves; les élèves qui, dans la localité où se trouve leur domicile ou leur résidence habituelle, ont une section maternelle de libre choix conformément à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, n'étant pris en compte que pour calculer la norme de la section maternelle de libre choix la plus proche. »

Art. 51. L'article 35 du même décret, modifié par le décret du 23 octobre 2000, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 35. Fermeture et réouverture d'une école primaire

§ 1^{er}. Sans préjudice de l'article 33, une école primaire qui, le dernier jour du mois de septembre de l'année précédente, ne compte pas 12 élèves primaires régulièrement inscrits, sera fermée ou ne sera plus subsidiée au plus tard le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire suivante, à moins qu'elle compte à nouveau au moins 12 élèves réguliers l'avant dernier jour du mois de septembre de l'année scolaire en cours. Si cette norme n'est pas atteinte, le pouvoir organisateur supportera les traitements et coûts de fonctionnement engagés jusqu'à la fin du mois de septembre.

Les élèves qui, dans la localité où se trouve leur domicile ou leur résidence habituelle, ont une école de libre choix conformément à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, ne sont pris en compte que pour calculer la norme de l'école de libre choix la plus proche.

§ 2. Sans préjudice de l'article 33, une école primaire qui a été fermée ou n'a plus été subsidiée peut, à partir de la deuxième année et dans les neuf ans de sa fermeture, être rouverte ou à nouveau subsidiée dès le premier jour de l'année scolaire dans la mesure où elle compte 12 élèves réguliers au dernier jour d'école du mois de septembre.

Les élèves qui, dans la localité où se trouve leur domicile ou leur résidence habituelle, ont une école de libre choix conformément à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, ne sont pris en compte que pour calculer la norme de l'école de libre choix la plus proche.

Si l'école primaire n'atteint pas cette norme, elle est fermée ou n'est plus subsidiée, selon le cas. Le pouvoir organisateur supportera alors les traitements et coûts de fonctionnement engagés jusqu'à la fin du mois de septembre. »

Art. 52. L'article 36 du même décret est remplacé par la suivante :

« Article 36. Fermeture et réouverture d'une section maternelle

§ 1^{er}. Une section maternelle qui, le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire précédente, ne compte pas 6 élèves, sera fermée ou ne sera plus subsidiée au plus tard le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire suivante, à moins qu'elle compte à nouveau au moins 6 élèves réguliers l'avant dernier jour d'école du mois de septembre. Si cette norme n'est pas atteinte, le pouvoir organisateur supportera les traitements et coûts de fonctionnement engagés jusqu'à la fin du mois de septembre.

Sont pris en considération les élèves réguliers de maternelle domiciliés en Communauté germanophone et qui, pendant le mois de septembre, étaient présents au moins 5 jours d'école au mois de septembre, à raison de demi-journées, les élèves ayant dans la localité où se trouve leur domicile ou leur résidence habituelle une école de libre choix conformément à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, n'étant pris en compte que pour calculer la norme de la section maternelle de libre choix la plus proche.

§ 2. Sans préjudice de l'article 34, une section maternelle qui a été fermée ou n'a plus été subsidiée peut, à partir de la deuxième année et dans les neuf ans de sa fermeture, être rouverte ou à nouveau subsidiée dès le premier jour de l'année scolaire dans la mesure où elle compte 6 élèves l'avant dernier jour d'école du mois de septembre.

Si la section maternelle ne remplit pas la condition énoncée au premier alinéa, elle est fermée ou n'est plus subsidiée, selon le cas. Le pouvoir organisateur supportera alors les traitements et coûts de fonctionnement engagés jusqu'à la fin du mois de septembre.

Sont pris en considération les élèves réguliers domiciliés en Communauté germanophone et qui, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, étaient présents au moins 10 jours d'école, à raison de demi-journées, les élèves de maternelle ayant dans la localité où se trouve leur domicile ou leur résidence habituelle une école de libre choix conformément à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, n'étant pris en compte que pour calculer la norme de la section maternelle de libre choix la plus proche.

§ 3. Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, et au § 2, alinéa 3, sont également pris en considération les élèves dont le domicile relève d'une entité territoriale belge ou étrangère de droit public, si cette entité territoriale participe proportionnellement aux frais de personnel et de fonctionnement engendrés pour la Communauté germanophone par cette section maternelle, à condition que cette participation fasse l'objet d'une convention écrite. »

Art. 53. L'article 56, § 1^{er}, du même décret est complété par un alinéa 3, libellé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, sont également pris en considération les élèves réguliers de maternelle dont la section maternelle a été fermée en application de l'article 36 et qui ont été nouvellement inscrits dans la section maternelle en question le dernier jour d'école du mois de septembre. »

Art. 54. L'article 78 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 78. Principe

§ 1^{er}. Le Gouvernement récupère les subsides de fonctionnement liquidés indûment. Cette récupération peut être opérée au moyen d'une retenue sur les moyens de fonctionnement non encore liquidés.

§ 2. Le Gouvernement récupère les traitements liquidés indûment lorsqu'ils l'ont été pendant une période ininterrompue n'excédant pas trois ans. Lorsque cette liquidation ne résulte pas d'une erreur dans le chef du Gouvernement, celui-ci récupère les traitements indûment versés indépendamment de la période pendant laquelle ils l'ont été.

Dans des cas exceptionnels, le Gouvernement peut renoncer à tout ou partie d'une récupération. Ceci est possible lorsque la liquidation opérée indûment résulte d'une erreur du Gouvernement et lorsque le membre du personnel concerné peut, en application du principe de bonne foi, considérer que la perception dudit montant est incontestable. »

Art. 55. Dans l'article 79 du même décret, le premier alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« L'ordre de procéder à la récupération visée à l'article 78 se prescrit dans un délai d'un an pour les traitements et de deux ans pour les subsides de fonctionnement, le délai prenant cours le 1^{er} janvier suivant la liquidation. »

CHAPITRE XXI. — *Modification du décret du 25 mai 1999 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement*

Art. 56. L'article 30 du décret du 25 mai 1999 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement est remplacé par la disposition suivante :

« Article 30. Principe

§ 1^{er}. Le Gouvernement récupère les subsides de fonctionnement indûment payés. Cette récupération peut être opérée au moyen d'une retenue sur les subsides de fonctionnement non encore liquidés.

§ 2. Le Gouvernement récupère les traitements indûment payés lorsqu'ils l'ont été pendant une période ininterrompue n'excédant pas trois ans. Lorsque ce paiement ne résulte pas d'une erreur dans le chef du Gouvernement, celui-ci récupère les traitements indûment versés indépendamment de la période pendant laquelle ils l'ont été.

Dans des cas exceptionnels, le Gouvernement peut renoncer à tout ou partie d'une récupération. Ceci est possible lorsque la liquidation opérée indûment résulte d'une erreur du Gouvernement et lorsque le membre du personnel concerné peut, en vertu du principe de bonne foi, considérer que la perception dudit montant est incontestable. »

Art. 57. Dans l'article 31 du même décret, le premier alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« L'ordre de procéder à la récupération visée à l'article 30 se prescrit dans un délai d'un an pour les traitements et de deux ans pour les subsides de fonctionnement, le délai prenant cours le 1^{er} janvier suivant la liquidation. »

CHAPITRE XXII. — *Modification du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement*

Art. 58. L'article 5, § 4, du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement est complété par un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Sont également pris en considération les étudiants qui, au sens de l'article 3.12 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, sont régulièrement inscrits, et ce au plus tard le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année académique en cours. »

CHAPITRE XXIII. — *Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement. 2003*

Art. 59. L'article 5, § 4, alinéa 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement. 2003 est remplacé par la disposition suivante :

« Pour les congés mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le paiement est opéré sur la base de la fonction dans laquelle le membre du personnel est nommé ou engagé à titre définitif. »

Art. 60. Dans l'article 5, § 4, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 2 et 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 2, un membre du personnel qui est nommé ou engagé à titre définitif dans une fonction de sélection ou de promotion est rémunéré sur la base de la fonction qu'il exerce en application du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4^o. »

CHAPITRE XXIV. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidie de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 61. L'article 36, alinéa 2, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidie de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés est remplacé par la disposition suivante :

« Par dérogation au premier alinéa, le pourcentage de nominations définitives dans l'enseignement fondamental peut représenter au plus 95 % du capital emplois disponible pour la fonction de recrutement correspondante. »

Art. 62. Dans l'article 69, § 1^{er}, du même décret, il est inséré entre les alinéas 2 et 3 un alinéa libellé comme suit :

« Si les services prestés avant la reprise l'ont été dans une fonction de sélection n'existant pas auprès du pouvoir organisateur reprenneur, ils sont pris en compte lors du calcul de l'ancienneté comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de recrutement qui donne accès à la fonction de sélection correspondante. »

Art. 63. L'article 73 du même décret est complété par l'alinéa suivant :

« Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

CHAPITRE XXV. — *Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement*

Art. 64. Dans l'article 26, § 1^{er}, 4^o, et § 2, 5^o, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, le passage « par le jury visé au titre VI » est remplacé par « par le jury visé au titre VII ou un jury organisé par la Communauté française. »

CHAPITRE XXVI. — *Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005*

Art. 65. Dans l'article 27 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement. 2005, l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 7 et 8 :

« Lorsque le membre du personnel a été dans l'incapacité de travailler pendant les six semaines précédant la date effective de l'accouchement ou les huit semaines lorsqu'une naissance multiple est prévue, l'interruption de travail de neuf semaines après l'accouchement est prolongée d'une semaine à sa demande. »

Art. 66. L'article 23, 12^o, a) du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« a) invitation à comparaître. »

CHAPITRE XXVII. — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Art. 67. Dans l'article 3.1., alinéa 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, le passage « dans le courant de la deuxième année académique » est remplacé par le passage « dans le courant de la troisième année académique. »

Art. 68. L'article 3.2, § 4, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par un 7^o, libellé comme suit :

« 7^o l'attestation de réussite de la formation organisée par l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone dans le secteur « aides familiales et senior » et comprenant au moins 1300 heures. »

Art. 69. L'article 5.46 du même décret est complété par l'alinéa suivant :

« Un membre du personnel absent sans raison valable se trouve d'office en non-activité de service et n'a droit à aucun traitement ni à aucune augmentation intercalaire pour la durée de l'absence. »

Art. 70. L'article 5.79^{ter}, alinéa 2, 1^o, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement. 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o les rapports d'évaluation. »

Art. 71. L'article 7.7. est remplacé par la disposition suivante :

« Article 7.7. Principe

§ 1^{er}. Le Gouvernement récupère les moyens de fonctionnement liquidés indûment. Cette récupération peut être opérée au moyen d'une retenue sur les moyens de fonctionnement non encore liquidés.

§ 2. Le Gouvernement récupère les traitements liquidés indûment, lorsqu'ils l'ont été pendant une période ininterrompue n'excédant pas trois ans. Lorsque cette liquidation ne résulte pas d'une erreur dans le chef du Gouvernement, celui-ci récupère les traitements indûment versés, indépendamment de la période pendant laquelle ils l'ont été.

Dans des cas exceptionnels, le Gouvernement peut renoncer à tout ou partie d'une récupération. Ceci est possible lorsque la liquidation opérée indûment résulte d'une erreur du Gouvernement et que le membre du personnel concerné peut, en application du principe de bonne foi, considérer que la perception dudit montant est incontestable. »

Art. 72. L'article 7.8, alinéa 1^{er}, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« L'ordre de procéder à la récupération mentionnée à l'article 7.7. se prescrit dans l'année lorsqu'il s'agit de traitements et dans les deux ans s'il s'agit de moyens de fonctionnement, le délai prenant cours le 1^{er} janvier suivant le moment de la liquidation. »

CHAPITRE XXVIII. — *Allocations et moyens financiers pour l'encadrement pédagogique de certains étudiants*

Art. 73. Le présent chapitre s'applique :

1^o aux membres du personnel de la catégorie du personnel directeur et enseignant, du personnel éducatif et du personnel paramédical des écoles fondamentales et secondaires, ordinaires et spéciales, de l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, à l'exception des membres du personnel directeur et enseignant qui exercent une fonction de sélection ou de promotion dans une école fondamentale d'application;

2^o au personnel technique des centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone;

3^o aux pouvoirs organisateurs des écoles ou centres PMS où sont occupés les membres du personnel visés aux points 1^o et 2^o et où des étudiants sont encadrés conformément au présent chapitre.

Art. 74. Les stages et travaux de laboratoire encadrés suivants, accomplis dans des écoles par des étudiants de l'enseignement supérieur de type court ou long, sont pris en considération pour l'octroi d'une allocation ou de moyens financiers :

1^o les laboratoires visant la réflexion sur l'articulation théorie-pratique, dont question à l'article 2.8, § 2, alinéa 1^{er}, point 5.1, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome;

2^o les stages visés à l'article 2.8, § 2, alinéa 1^{er}, point 5.2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome;

3^o les stages d'étudiants de la Communauté française dans le cadre de la formation à une fonction enseignante dans l'enseignement fondamental;

4^o les stages d'étudiants de la Communauté française dans le cadre de la formation à une fonction enseignante dans l'enseignement secondaire;

5^o les stages d'étudiants de la Communauté française dans le cadre de la formation à une fonction dans un centre PMS ou un internat.

Art. 75. Les membres du personnel qui encadrent un étudiant lors d'un stage visé à l'article 74, 2^o, 3^o, 4^o et 5^o, obtiennent une allocation de 4 EUR par heure.

Les membres du personnel qui encadrent un étudiant lors d'un travail de laboratoire visé à l'article 74, 1^o, obtiennent une allocation de 15 EUR par jour de cours.

Art. 76. Le pouvoir organisateur obtient, par étudiant encadré dans son école conformément à l'article 74, des moyens financiers déterminés comme suit :

- 1° 30 EUR par semaine de cours complète pour un étudiant de deuxième année;
- 2° 20 EUR par semaine de cours complète pour un étudiant d'une autre année.

Ces moyens financiers sont affectés à des fins pédagogiques au sens de l'article 3 du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement.

Art. 77. Le Gouvernement fixe les modalités de paiement.

CHAPITRE XXIX. — *Congé accordé aux membres du personnel définitifs et temporaires pour présenter des examens*

Art. 78. Champ d'application

Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel des établissements d'enseignement et centres PMS organisés par la Communauté germanophone, soumis à un statut;

2° aux membres du personnel subsidiés des établissements d'enseignement et centres PMS subventionnés par la Communauté germanophone, soumis à un statut.

Art. 79. Congé pour présenter des examens

À la demande des membres du personnel mentionnés à l'article 78 se trouvant en activité de service, le pouvoir organisateur leur octroie un congé en vue de présenter des examens utiles à l'activité exercée dans l'enseignement.

La durée du congé ne peut dépasser 10 jours de travail par année calendrier.

Le congé est rémunéré et assimilé à une activité de service.

CHAPITRE XXX. — *Création d'une formation de chef de chœur et d'harmonie à l'académie de musique de la Communauté germanophone*

Art. 80. Il est instauré à l'académie de musique de la Communauté germanophone une formation de chef de chœur et d'harmonie.

Cette formation se compose d'un cycle de quatre ans. À la fin de chaque cycle, le Gouvernement décide, sur proposition du conseil d'administration de l'académie de musique, si un autre cycle est organisé.

Art. 81. Les élèves qui remplissent les conditions suivantes sont admis à la formation de chef de chœur et d'harmonie :

- 1° avoir terminé avec fruit la cinquième année d'éducation musicale;
- 2° avoir acquitté les droit d'inscription.

Art. 82. § 1^{er}. La formation de chef de chœur et d'harmonie comprend les cours suivants :

- 1° éducation musicale : jusqu'à la réussite de la 7^e année;
- 2° harmonie : jusqu'à la réussite du degré moyen;
- 3° direction : 4 ans, une heure par semaine les deux premières années et 1h1/2 par semaine les deux dernières années.

Le cours « direction » relève du degré supérieur.

Les cours de « direction » et « harmonie » sont dispensés sous la forme de cours collectifs, celui d'harmonie représentant au plus 2 heures par semaine.

§ 2. Outre les cours mentionnés au § 1^{er}, la formation de chef de chœur comprend les cours suivants :

- 1° piano : jusqu'à la réussite de la 4^e année;
- 2° chant : jusqu'à la réussite de la 4^e année.

§ 3. L'élève qui a déjà terminé avec fruit un ou plusieurs des cours mentionnés aux §§ 1^{er} et 2 est dispensé de la participation aux cours correspondants et du passage des examens.

Art. 83. Les examens portant sur les cours mentionnés à l'article 82, à l'exception du cours visé à l'article 82, § 1^{er}, 3°, ont lieu chaque année.

Au terme du cycle de 4 ans de la formation de chef de chœur et d'harmonie a lieu un examen public portant sur le cours de « direction ». Le conseil d'administration de l'académie en fixe les modalités.

Art. 84. La formation de chef de chœur et d'harmonie est censée être achevée lorsque l'élève a terminé avec fruit les cours mentionnés à l'article 82.

Le diplôme obtenu par l'élève en cas de réussite l'habilite à diriger une association d'art amateur en Communauté germanophone.

Art. 85. En plus du capital périodes régulier, un capital périodes de 14 heures par semaine au plus est accordé annuellement à l'académie de musique pour l'organisation de la formation de chef de chœur et d'harmonie. Le Gouvernement fixe le nombre d'heures.

CHAPITRE XXXI. — *Dérogation aux exigences linguistiques en ce qui concerne les désignations et engagements à titre temporaire dans l'enseignement fondamental pour l'année scolaire 2007-2008*

Art. 86. L'article 12 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement ne s'applique pas aux désignations et engagements à titre temporaire opérés pour l'année scolaire 2007-2008.

CHAPITRE XXXII. — *Dispositions finales*

Art. 87. L'article 11 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, est abrogé.

Art. 88. L'article 11 de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection est abrogé.

Art. 89. L'article 7, § 1^{er}, 3^o, alinéa 2, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit est abrogé.

Art. 90. Le décret 2 mai 1995 portant octroi d'une indemnité pour l'encadrement pédagogique d'étudiants qui effectuent un stage dans des écoles fondamentales et secondaires de l'enseignement ordinaire et spécial ainsi que dans des écoles supérieures de l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone est abrogé.

Art. 91. L'article 55 du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement. 2006, est abrogé.

Art. 92. L'article 89 produit ses effets le 1^{er} janvier 2005.

Les articles 33 et 58 produisent leurs effets le 1^{er} juillet 2005.

Les articles 65, 73, 74, 75, 76, 77 et 90 produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2006.

Les articles 34 et 35 produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2007.

Les articles 3, 11 et 44 produisent leurs effets le 1^{er} mai 2007.

Les articles 13, 14, 15, 16, 20, 28, 39, 40, 41, 46, 47, 48, 64, 67, 80, 81, 82, 83, 84, 85 et 86 entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2007.

Les articles 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 12, 19, 22, 23, 24, 26, 31, 32, 36, 37, 38, 43, 45, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 63, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 78, 79, 87, 88 et 91 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2007.

Les articles 9, 10, 17, 18, 21, 30, 42, 49, 50, 51, 52, 53, 61 et 62 entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2008.

Les articles 25, 27 et 29 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2008.

Adopté par le parlement de la Communauté germanophone.

Eupen, le 25 juin 2007.

S. THOMAS
Greffier

L. SIQUET
Président

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 juin 2007.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Notes

(1) *Session 2006-2007.*

Documents parlementaires. — 99 (2006-2007), n° 1 Projet de décret. — 99 (2006-2007), n° 2-6 Propositions d'amendement. — 99 (2006-2007), n° 7 Rapport. — 99 (2006-2007), n° 8 Propositions d'amendement au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 2007.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 4249

[C — 2007/33073]

25 JUNI 2007. — Decreet houdende maatregelen inzake onderwijs 2007 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :
HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs*

Artikel 1. Artikel 16, § 3, van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 6 januari 1993, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 3. Voor de toepassing van dit artikel en in afwijking van § 2 wordt het tijdelijk aangewezen of aangesteld vrouwelijk personeelslid geacht werkelijke diensten te verrichten gedurende het bevallingsverlof dat hem vanaf 1 september 2007 toegekend wordt krachtens artikel 5 van het koninklijk besluit van 29 mei 1972 betreffende de dagen bezoldigd ziekte- of bevallingsverlof toegekend aan het tijdelijk aangesteld bestuurs- en onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel en paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs met het oog op de moederschapsbescherming, voor zover dit verlof binnen de aanwijzings- of aanstellingsperiode valt. »

Art. 2. In artikel 17, § 4, lid 1, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 30 juni 2003, wordt de passus « Voor de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel en van het opvoedend hulppersoneel » vervangen door « Voor de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch alsmede van het technisch personeel van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde en gesubsidieerde PMS-centra. »

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs*

Art. 3. Artikel 5 van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs, gewijzigd bij de wet van 31 maart 1967, wordt aangevuld met een vijfde lid, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 1 wordt het ambt als studieprefect of directeur van een gewone of buitengewone secundaire school, vanaf 1 september 2007, in de vorm van een aanstelling van onbepaalde duur toegewezen overeenkomstig de desbetreffende bepalingen van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen. Daarna kan overeenkomstig hetzelfde koninklijk besluit een definitieve benoeming plaatsvinden. »

HOOFDSTUK III. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 4. In het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs wordt een artikel 6bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 6bis. Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

HOOFDSTUK IV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 5. Artikel 18, lid 2, van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratiefpersoneel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 72 van 20 juli 1982, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het personeelslid dat een dergelijke toestemming bekomt, is ertoe gehouden elke week ten minste de helft van de duur van de prestaties te volbrengen die normaal voor het door hem uitgeoefende ambt bepaald zijn. Tijdens zijn afwezigheid mag het geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen. »

Art. 6. Artikel 19, lid 1, van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De in vorig lid bedoelde toestemming wordt voor een termijn van 12 maanden verleend. »

Art. 7. Artikel 25, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het koninklijk besluit nr. 72 van 20 juli 1982, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het personeelslid dat een dergelijke toestemming bekomt, is ertoe gehouden elke week ten minste de helft van de duur van de prestaties te volbrengen die normaal voor het door hem uitgeoefende ambt bepaald zijn. »

Art. 8. Artikel 26, lid 1, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het koninklijk besluit nr. 72 van 20 juli 1982, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De in vorig artikel bedoelde toestemming wordt voor een termijn van 12 maanden verleend. »

HOOFDSTUK V. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 9. Artikel 38, lid 2, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« In afwijking van het eerste lid mag het percentage aan vaste benoemingen in het basisonderwijs ten hoogste 95 % van het betrekkingenpakket uitmaken dat voor het overeenkomstige wervingsambt ter beschikking staat. »

Art. 10. Artikel 40, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het aantal als gesubsidieerd contactueel personeelslid of als tijdelijk personeelslid gepresteerde dagen wordt berekend vanaf het begin tot het einde van een ononderbroken periode van actieve dienst, met inbegrip van het ontspanningsverlof alsook de kerst- en paasvakantie, het bevallingsverlof, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij of de overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen toegekende uitzonderlijke verloven, indien ze in deze periode vallen. Dit aantal dagen wordt met 1,2 vermenigvuldigd. »

Art. 11. In hoofdstuk VIII van hetzelfde koninklijk besluit wordt een afdeling 6, met de artikelen 121*bis* tot en met 121*terdecies*, ingevoegd :

« Afdeling 6. Bijzondere bepalingen m.b.t. de studieprefect of de directeur van een gewone of buitengewone secundaire school

Artikel 121*bis*. Principe

In afwijking van de afdelingen 1 en 2 wordt het ambt als studieprefect of directeur van een gewone of buitengewone secundaire school, hierna « inrichtingshoof » genoemd, vanaf 1 september 2007 uitsluitend in de vorm van een aanstelling en van een vaste benoeming toegewezen overeenkomstig de navolgende bepalingen.

Artikel 121 *ter*. Toelatingsvoorwaarden

Personen mogen dit ambt uitoefenen als ze

1° burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs. De Regering kan een afwijking toestaan;

2° ten minste over een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad beschikken. Bij gebrek aan een kandidaat met dit diploma is een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad voldoende;

3° de kandidatuur in de vorm en binnen de termijn hebben ingediend, zoal bepaald in de oproep tot de kandidaten;

4° de burgerlijke en politieke rechten genieten;

5° aan de dienstplichtwetten voldoen.

Artikel 121*quater*. Oproep tot de kandidaten en kandidatuur

De oproep tot de kandidaten wordt in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt, alsmede in elke andere vorm die als gepast wordt geacht.

De oproep bevat het van het inrichtingshoofd vereiste profiel en de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt.

De kandidatuur wordt per aangetekende brief ingediend. Samen met de kandidatuur zendt de kandidaat o.a. een strategie- en actieplan om de in vorig lid bepaalde doelstellingen te verwezenlijken.

Artikel 121*quinquies*. Aanstelling

De inrichtende macht stelt een kandidaat als inrichtingshoofd aan. Te dien einde richt ze een onafhankelijke commissie op.

De commissie steunt zich o.a. op het strategie- en actieplan van de kandidaat en op een sollicitatiegesprek.

De pedagogische kwalificatie en de beroepservaring zijn selectiecriteria bij de aanstelling.

De commissie bestaat uit drie personen, onder welke één over vakkennis op pedagogisch vlak en een andere op juridisch vlak beschikt. Het voorzitterschap wordt uitgeoefend door een leidend ambtenaar van de onderwijsadministratie. De Regering richt de commissie op en wijst er de leden van aan.

Artikel 121*sexies*. Duur en einde van de aanstelling, benoeming

§ 1. Het gaat om een aanstelling van onbepaalde duur.

§ 2. De aanstelling eindigt

1° in het geval van een preventieve schorsing voor meer dan zes maanden;

2° in het geval van een terbeschikkingstelling wegens ambtsontheffing in het belang van de dienst voor meer dan zes maanden;

3° indien één der volgende tuchtmaatregelen wordt opgelegd :

a) de inhouding van wedde;

b) de schorsing bij tuchtmaatregel;

c) de op non-activiteitstelling bij tuchtmaatregel;

d) de afdanking wegens zware schuld;

4° bij vrijwillig ontslag, indien het gaat om een vastbenoemd personeelslid;

5° bij vrijwillige beëindiging van de aanstelling;

6° bij eenzijdige opzegging door de inrichtende macht;

7° indien op het evaluatieverslag de vermelding « onvoldoend » als eindconclusie staat.

De inrichtende macht kan de aanstelling beëindigen in geval van een verlof of terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid voor een periode van meer dan zes opeenvolgende maanden.

In de gevallen bepaald in het eerste lid, 4° en 5°, dient het inrichtingshoofd een opzeggingstermijn van 60 dagen in acht te nemen.

In het geval bepaald in het eerste lid, 6°, belooft de opzeggingstermijn 6 maanden als het inrichtingshoofd een ambtsanciënniteit van ten hoogste 5 jaar telt; voor elke aangevangen termijn van 5 jaar wordt de duur van de opzeggingstermijn met 3 maanden verhoogd.

De opzeggingstermijn bepaald in de voorafgaande leden kan in onderlinge overeenstemming worden verkort. De opzegging geschiedt per aangetekende brief met vermelding van de duur van de opzeggingstermijn. De aangetekende brief heeft uitwerking vanaf de derde werkdag na de uitzendingsdatum.

§ 3. De aanstelling eindigt van ambtswege na 5 jaar, als het inrichtingshoofd tijdens deze termijn geen door de Regering erkende vakopleiding met vrucht heeft beëindigd.

De Regering legt het Parlement de belangrijkste elementen van een opleiding ter goedkeuring voor.

§ 4. Een inrichtingshoofd dat ten minste 50 jaar oud is, wordt vastbenoemd, indien :

1° het een ambtsanciënniteit van ten minste 5 jaar telt;

2° op zijn laatst evaluatieverslag de vermelding « voldoende » als eindconclusie staat.

Artikel 121*septies*. Statuut

§ 1. Onverminderd het tweede lid is het inrichtingshoofd tijdens de uitoefening van zijn ambt aan de artikelen 5 tot 14, 52, 54, 55, 56 tot 65, 122 tot 167, 168, 2°, en 169, 3°, van voorliggend statuut onderworpen.

Het is het inrichtingshoofd verboden :

1° een verlof te nemen of ter beschikking gesteld te worden, met uitzondering van volgende types van verlof en terbeschikkingstelling :

a) jaarlijks verlof;

b) omstandigheidsverlof;

c) buitengewoon verlof wegens overmacht;

d) bevallingsverlof;

e) verlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij;

f) verlof wegens ziekte of gebrekkigheid;

g) terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid;

2° een loopbaanonderbreking te nemen, behalve de deeltijdse of voltijdse loopbaanonderbreking wegens ouderschapsverlof, de loopbaanonderbreking om palliatieve zorgen te verstrekken, de loopbaanonderbreking voor verzorging van een zwaar ziek gezins- of familielid.

§ 2. Paragraaf 1 geldt ook voor een inrichtingshoofd dat met toepassing van artikel 121*sexies*, § 4, vastbenoemd is.

Artikel 121*octies*. Tijdelijke vervanging

§ 1. Als het inrichtingshoofd wegens één der in artikel 121*septies* vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan 20 opeenvolgende werkdagen afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een ander vastbenoemd lid van het bestuurs- en onderwijzend personeel vervangen dat de in artikel 121*ter* bepaalde voorwaarden, behalve die vermeld onder punt 3°, vervult.

In de zin van vorig lid worden de volgende dagen niet als werkdagen beschouwd :

1° de schoolvrije dagen vermeld in artikel 58 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

2° de zomervakantiedagen die krachtens de verlofwetgeving tot het jaarlijks verlof behoren.

Als het inrichtingshoofd wegens één der in artikel 121*septies* vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan één jaar afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een persoon vervangen die de in artikel 121*ter* bepaalde voorwaarden vervult. De procedure vermeld in de artikelen 121*quater* en 121*quinquies* is toepasselijk.

§ 2. Tijdens de voorlopige vervanging zijn de artikelen 121septies, § 1, lid 2, 121nonies, 121duodecies en 121terdecies toepasselijk op het personeelslid dat het inrichtingshoofd vervangt.

Artikel 121nonies. Wedde en premie

§ 1. Tijdens de aanstelling verkrijgt het inrichtingshoofd een wedde op basis van de weddeschaal vermeld in lid 2, met een geldelijke anciënniteit van 19 jaar, verhoogd met

een maandelijks premie van 285,65 EUR voor een secundaire school met minder dan 600 leerlingen en van 428,48 EUR voor een secundaire school met 600 leerlingen en meer. De verhogingen bepaald in de weddeschaal worden om de twee jaar toegekend.

De volgende weddeschalen zijn van toepassing :

1° voor de directeur van een inrichting van het gewoon onderwijs : de weddeschaal 270 van de rubriek « directeur van een inrichting van het gewoon onderwijs », vermeld in artikel 2, hoofdstuk C « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het lager secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat;

2° voor de directeur van een inrichting van het buitengewoon onderwijs : de weddeschaal 270/1 van de rubriek « directeur van een inrichting van het buitengewoon onderwijs », vermeld in artikel 2, hoofdstuk C « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het lager secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 vermeld onder 1°;

3° voor de studiefprefect : de weddeschaal 471 van de rubriek « studiefprefect van een koninklijk atheneum of lyceum », vermeld in artikel 2, hoofdstuk D « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het hoger secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 vermeld onder 1°;

4° voor de directeur : de weddeschaal 471 van de rubriek « directeur », vermeld in artikel 2 hoofdstuk D « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het hoger secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 vermeld onder 1°.

§ 2. Gaat het om een personeelslid, dan verkrijgt het. in afwijking van § 1- verder zijn wedde alsmede, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend :

$$P = X - M$$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid

De premie wordt tegelijk met de maandwedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. Gaat het niet om een personeelslid, dan verkrijgt het inrichtingshoofd het vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermeld bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. Het bedrag vermeld in de §§ 1 en 2 is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982, het koninklijk besluit van 24 december 1993 en de wetten van 2 januari 2001 en 19 juli 2001.

In geval van ziekteverlof wordt de premie verder uitbetaald.

Artikel 121decies. Toelage voor reeds vastbenoemde studiefprefecten en directeurs

Een inrichtingshoofd dat vóór 1 september 2007 reeds vastbenoemd is, verkrijgt de in artikel 121nonies, § 2, vermelde premie vanaf de maand volgend op de maand waarin het een door de Regering erkende vakopleiding als inrichtingshoofd met vrucht heeft beëindigd.

Artikel 121undecies. Evaluatieverslag

§ 1. Voor een inrichtingshoofd stelt de inrichtende macht ten minste een evaluatieverslag om de 5 jaar. Te dien einde vindt een evaluatiegesprek plaats. De evaluatie wordt door de leidende ambtenaar van de onderwijsadministratie verricht. Het inrichtingshoofd kan om een evaluatie verzoeken.

Voordat de leidende ambtenaar het evaluatiegesprek voert, neemt hij met het oog op de evaluatie inzage van het advies van de pedagogische raad dat onder andere een voorstel tot evaluatie omvat. In afwijking van artikel 49 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs woont het inrichtingshoofd de zittingen van de pedagogische raad tijdens dewelke het advies wordt opgesteld niet bij. De pedagogische raad wijst een personeelslid aan dat het voorzitterschap van deze zittingen waarneemt.

Het inrichtingshoofd stelt vooraf een verslag over de omzetting van het strategie- en actieplan en de verwezenlijking van de doelstellingen op dat als basis dient voor het evaluatiegesprek.

Op het evaluatieverslag kan de vermelding « onvoldoend », « niet tevredenstellen », « voldoende », « goed » of « zeer goed » als eindconclusie staan.

§ 2. Het verslag wordt in twee exemplaren aan het inrichtingshoofd overhandigd, dat beide exemplaren ondertekent en één ervan behoudt.

§ 3. Het inrichtingshoofd kan het verslag onder voorbehoud ondertekenen en binnen 10 dagen na de afgifte ervan een beroep vóórde raad van beroep aantekenen.

Binnen een termijn van 45 dagen te rekenen vanaf de dag waarop de raad van beroep het beroep heeft ontvangen, zendt hij een met redenen omkleed advies aan de inrichtende macht.

Binnen de 10 dagen na ontvangst van het advies overhandigt de inrichtende macht haar definitieve beslissing. Ze vermeldt, in voorkomend geval, de redenen waarom ze het advies niet volgt.

Het beroep is opschortend.

Artikel 121*duodecies*. Terugkeer

Voor zover het personeelslid in het gemeenschapsonderwijs vastbenoemd is, bekleedt het op het einde van de aanwijzing opnieuw zijn voormalig ambt, behalve in de gevallen vermeld in artikel 121*sexies*, § 2, lid 1, 3°, d), en 4°.

Artikel 121*terdecies*. In aanmerking komende diensten

Voor zover het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs gaat, worden de diensten gepresteerd tijdens de uitoefening van het ambt als inrichtingshoofd in aanmerking genomen om de dienstanciënniteit, de ambtsanciënniteit en de geldelijke anciënniteit vast te leggen. »

Art. 12. In hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 162*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 162*bis*. Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

Art. 13. Artikel 167, § 1, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 1983, het besluit van de Regering van 12 september 1990 en het decreet van 26 juni 2006, wordt aangevuld met volgend lid :

« In afwijking van de voorafgaande leden is de toestemming van een in het dagonderwijs vastbenoemd personeelslid vereist voor een terugroeping in actieve dienst in de voortgezette schoolopleiding. »

Art. 14. Artikel 167, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 1983 en bij het besluit van de Regering van 12 september 1990, wordt aangevuld met volgend lid :

« In afwijking van de voorafgaande leden is de toestemming van een in het dagonderwijs vastbenoemd definitief aangesteld personeelslid vereist voor een reffectatie in de voortgezette schoolopleiding. »

HOOFDSTUK VI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurspersoneel en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch onderwijs, kunstonderwijs en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen aflangen*

Art. 15. In artikel 13*bis*, § 1, lid 1, van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurspersoneel en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch onderwijs, kunstonderwijs en normaal onderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, wordt de passus « cursussen toevertrouwd in elk ander ambt van dezelfde categorie » vervangen door « cursussen toevertrouwd in elk ander ambt van dezelfde of van een andere categorie. »

Art. 16. Artikel 13*bis* van hetzelfde koninklijk besluit wordt aangevuld met een § 6, luidend als volgt :

« § 6. In afwijking van de voorafgaande paragrafen is de toestemming van een in het dagonderwijs vastbenoemd of definitief aangesteld personeelslid vereist voor een uurroosteraanvulling in de voortgezette schoolopleiding. »

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 17. Artikel 22*quinquies*, lid 2, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« In afwijking van het eerste lid mag het percentage aan vaste benoemingen in het basisonderwijs ten hoogste 95 % van het betrekkingenpakket uitmaken dat voor het overeenkomstige wervingsambt ter beschikking staat. »

Art. 18. Artikel 22*septies*, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 2° Het aantal als gesubsidieerd contactueel personeelslid of als tijdelijk personeelslid gepresteerde dagen wordt berekend vanaf het begin tot het einde van een ononderbroken periode van actieve dienst, met inbegrip van het ontspanningsverlof alsook de kerst- en paasvakantie, het bevallingsverlof, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij of de overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen toegekende uitzonderlijke verloven, indien ze in deze periode vallen. Dit aantal dagen wordt met 1,2 vermenigvuldigd. »

Art. 19. In het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap wordt een artikel 43*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 43*bis*. Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs*

Art. 20. In artikel 5, § 4, van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs, gewijzigd bij het decreet van 6 juni 2005, wordt tussen de leden 2 en 3 een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De toestemming van een personeelslid dat in het dagonderwijs vastbenoemd of definitief aangesteld is, is vereist voor een terugroeping in actieve dienst of een wedertewerkstelling in de voortgezette schoolopleiding. »

HOOFDSTUK IX. — Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra vallen

Art. 21. Artikel 31, 2°, van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 2° Het aantal als gesubsidieerd contactueel personeelslid of als tijdelijk personeelslid gepresteerde dagen wordt berekend vanaf het begin tot het einde van een ononderbroken periode van actieve dienst, met inbegrip van het ontspanningsverlof alsook de kerst- en paasvakantie, het bevallingsverlof, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij of de overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen toegekende uitzonderlijke verloven, indien ze in deze periode vallen. Dit aantal dagen wordt met 1,2 vermenigvuldigd. »

Art. 22. In het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra vallen, wordt een artikel 172bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 172bis. Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

HOOFDSTUK X. — Wijziging van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks- psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten

Art. 23. Artikel 23, lid 2, van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 13 januari 1988, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het personeelslid dat een dergelijke toestemming bekommt, is ertoe gehouden elke week ten minste de helft van de duur van de prestaties te volbrengen die normaal voor het door hem uitgeoefende ambt bepaald zijn. Tijdens zijn afwezigheid mag het geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen. »

Art. 24. Artikel 32, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij de wet van 31 juli 1984, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het personeelslid dat een dergelijke toestemming bekommt, is ertoe gehouden elke week de helft van de duur van de prestaties te volbrengen die normaal voor het door hem uitgeoefende ambt bepaald zijn. »

HOOFDSTUK XI. — Wijziging van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra

Art. 25. Artikel 10bis, § 2, van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij het decreet van 6 juni 2005, wordt aangevuld met een vierde lid, luidend als volgt :

« De in het voorafgaande lid bedoelde diensten worden vooraf door de inrichtende macht opgetekend en door het betrokken personeelslid medeondertekend. »

Art. 26. Artikel 10bis, § 4, van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 4. De terbeschikkingstelling is onomkeerbaar en wordt toegekend tot op de dag waarop het personeelslid aanspraak kan maken op het pensioen vermeld in § 1. Op de leeftijd van 58 jaar is een omzetting in de terbeschikkingstelling bedoeld in artikel 8 of 10 mogelijk. »

Art. 27. Artikel 10bis van hetzelfde koninklijk besluit wordt met de volgende §§ 5 en 6 aangevuld :

« § 5. Tijdens de hele duur van die terbeschikkingstelling genieten de personeelsleden, voor de uren of lesuren die niet meer gepresteerd worden, een wachtgeld gelijk aan 20 % van de laatste activiteitswedde of activiteitsweddetoelage voor deze uren of lesuren.

§ 6. Wat de uitoefening van een winstgevende bedrijvigheid betreft, zijn de bepalingen van artikel 9 van toepassing op die personeelsleden. »

HOOFDSTUK XII. — Wijziging van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald

Art. 28. In Artikel 53quater, § 3, van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, ingevoegd bij het decreet van 6 juni 2005, wordt de passus « voor de schooljaren 2005-2006 en 2006-2007 » vervangen door « voor de schooljaren 2005-2006 tot en met 2008-2009. »

HOOFDSTUK XIII. — Wijziging van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs

Art. 29. Artikel 3 van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Het maximaal aantal regelmatige leerlingen bedoeld in het tweede lid voor wie een forfaitaire toelage wordt toegekend, belooft in totaal 126 voor alle internaten van het vrij gesubsidieerd onderwijs, plus de leerlingen die op verzoek van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap een plaats in een internaat krijgen. »

HOOFDSTUK XIV. — *Wijziging van het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd vóór deze examencommissie*

Art. 30. Artikel 37 van het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd vóór deze examencommissie wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 37. Tegen niet regelmatig doorgevoerde examens en tegen de beslissingen van de examencommissie kan de examinandus, ten laatste binnen twee weken na de openbare bekendmaking van de resultaten, zijn bezwaren schriftelijk bij de Regering aantekenen. Binnen één maand na de datum van het beroep zal de Regering haar met redenen omklede beslissing schriftelijk betekenen aan de examinandus en aan de voorzitter van de examencommissie. »

HOOFDSTUK XV. — *Wijziging van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Art. 31. Artikel 4ter, § 2, lid 1, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 2. Overeenkomstig de federale wetgeving kan het verlof, in het geval van een geboorte, totdat het kind zes jaar oud wordt, worden toegekend. »

Art. 32. In artikel 4quater, § 2, wordt tussen het eerste en het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van het voorafgaande lid belooft de maximale duur van de onderbreking voor dezelfde patiënt 24 maanden bij voltijdse en 48 maanden bij halftijdse loopbaanonderbreking, als het om de verzorging aan een zwaar ziek kind van ten hoogste 16 jaar gaat en de verzorging door een alleenstaande ouder verleend wordt. De maximumduur wordt verminderd met de periode loopbaanonderbreking die het personeelslid reeds genoten heeft voor dezelfde patiënt op basis van dezelfde herstelwet van 22 januari 1985. »

HOOFDSTUK XVI. — *Wijziging van het decreet van 5 februari 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte voor de personeelsleden van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinrichtingen en PMS-Centra*

Art. 33. Artikel 1 van het decreet van 5 februari 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte voor de personeelsleden van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinrichtingen en PMS-Centra wordt aangevuld met een 5°, luidend als volgt :

« 5° in het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool. »

Art. 34. Artikel 1 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een 6°, luidend als volgt :

« 6° met toepassing van het besluit van het Waalse Gewest van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contactuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, gewijzigd bij besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, als gesubsidieerd contractueel in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in dienst genomen worden. »

Art. 35. Artikel 5, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De niet-naleving van de bepalingen van dit decreet en van de desbetreffende uitvoeringsmodaliteiten heeft voor het betrokken personeelslid tengevolge dat zijn afwezigheid wegens ziekte ongerechtvaardigd is vanaf de dag waarop de niet-naleving plaats heeft gevonden, en dat het voor de duur van zijn ongerechtvaardigde afwezigheid zijn recht op een bon of op een weddetoelage verliest. »

HOOFDSTUK XVII. — *Wijziging van het decreet van 25 juni 1996 betreffende de organisatie van een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs*

Art. 36. In artikel 6, lid 1, 2°, van het decreet van 25 juni 1996 betreffende de organisatie van een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs wordt de passus « één van volgende verdragen hebben geslote » vervangen door « één van de vijf volgende verdragen hebben geslote. »

Art. 37. In artikel 6, lid 1, 2°, van hetzelfde decreet wordt littera a) vervangen door de volgende bepaling :

« a) een startbaanovereenkomst krachtens artikel 27, 2°, van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid. »

Art. 38. In artikel 6, 2°, van hetzelfde decreet wordt littera d) littera e) en wordt een nieuw littera d) ingevoegd, luidend als volgt :

« d) een beroepsinlevingsovereenkomst krachtens titel IV, hoofdstuk X, van de programmawet van 2 augustus 2002. »

HOOFDSTUK XVIII. — *Wijziging van het programmadecreet van 20 mei 1997*

Art. 39. Artikel 3ter van het programmadecreet van 20 mei 1997, ingevoegd bij het decreet van 30 juni 2003, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 3ter. § 1. Het lestijdenpakket van elke school voor het betrokken schooljaar wordt met volgende formule berekend : $X/Y \times Z$.

X is het lestijdenpakket van een school voor het betrokken schooljaar, berekend met toepassing van artikel 3, §§ 1 en 2.

Y is het globaal lestijdenpakket van alle scholen voor het betrokken schooljaar, berekend met toepassing van artikel 3, §§ 1 en 2.

Z is het globaal lestijdenpakket dat op 1 oktober 2002 met toepassing van artikel 3, §§ 1 en 2 in alle scholen georganiseerd was.

§ 2. Indien het overeenkomstig § 1 berekend lestijdenpakket van een school niet zo hoog ligt als het lestijdenpakket georganiseerd op 1 oktober 2002 met toepassing van artikel 3, §§ 1 en 2, dan heeft de school, in afwijking van § 1 recht op het laagste van de volgende lestijdenpakketten :

1° het lestijdenpakket georganiseerd in de school op 1 oktober 2002 met toepassing van artikel 3, §§ 1 en 2
of

2° het lestijdenpakket van de school voor het betrokken schooljaar, berekend met toepassing van artikel 3, §§ 1 en 2. »

Art. 40. Artikel 4, § 2, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met volgend lid :

« Leerlingen die een cursus hebben beëindigd en desgevallend een attest hebben verkregen, mogen die cursus niet meer bezoeken. Ze worden niet meer in aanmerking genomen om de voor die cursus in de voorafgaande leden bepaalde norm te berekenen. »

Art. 41. In hetzelfde decreet wordt een artikel 4^{ter} ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 4^{ter}. § 1. Instituten voor voortgezette schoolopleiding ressorterend onder een inrichtende macht die tegelijk over een inrichting voor gewoon secundair onderwijs met volledig leerplan beschikt, worden aan deze inrichting verbonden.

Desgevallend wordt artikel 5 van het koninklijk besluit van 12 januari 1966 houdende vaststelling van de voorwaarden vereist voor het bepalen van het aantal betrekkingen in de rijksinrichtingen voor technisch onderwijs niet toegepast.

§ 2. De inrichtende macht kan het lestijdenpakket toegekend voor het overeenkomstig de artikelen 4 en 4^{bis} verbonden instituut geheel of gedeeltelijk aan de onderwijsinrichting met volledig leerplan overdragen. De inrichtende macht kan ook desgevallend een deel van het lestijdenpakket van de onderwijsinrichting met volledig leerplan aan het instituut overdragen.

De in lid 1 bedoelde overdacht mag niet tot gevolg hebben dat personeelsleden wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld.

Een definitieve benoeming of aanstelling is niet toegelaten voor een betrekking opgericht op grond van een in lid 1 vermelde overdracht.

§ 3. De gewone secundaire scholen waaraan een instituut voor voortgezette schoolopleiding wordt verbonden met toepassing van § 1, krijgen wekelijks voor de coördinatie en het bestuur naast het volgende aantal uren :

1° wanneer het lestijdenpakket voor de voortgezette schoolopleiding jaarlijks beneden 2 000 uren ligt :

- a) voor het bestuur : 4 uren voor het ambt klerk-typist;
- b) voor de coördinatie : 3 uren;

2° wanneer het lestijdenpakket voor de voortgezette schoolopleiding jaarlijks tussen 2 000 en 4 000 uren ligt :

- a) voor het bestuur : 6 uren voor het ambt klerk-typist;
- b) voor de coördinatie : 5 uren;

3° wanneer het lestijdenpakket voor de voortgezette schoolopleiding jaarlijks tussen 4 000 en 6 000 uren ligt :

- a) voor het bestuur : 8 uren voor het ambt klerk-typist;
- b) voor de coördinatie : 5 uren;

4° wanneer het lestijdenpakket voor de voortgezette schoolopleiding jaarlijks boven 6 000 ligt :

- a) voor het bestuur : een halve betrekking voor het ambt klerk-typist;
- b) voor de coördinatie een halve betrekking.

De in lid 1, 1b, 2b, 3b en 4b vermelde uren voor de coördinatie worden bezoldigd op basis van de weddeschaal 471 van de directeur opgenomen in de rubriek « directeur » vermeld in artikel 2, hoofdstuk D « Leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van het hoger secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de Rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van de schriftelijke cursussen en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat.

De personeelsleden die in de instituten voor de voortgezette schoolopleiding verbonden aan een gewone secundaire school in het schooljaar 2006-2007 het ambt van studiemeester-opvoeder tijdens ten minste 15 weken hebben uitgeoefend en in de schooljaren 2007-2008 en 2008-2009 het ambt van klerk-typist vermeld in het eerste lid uitoefenen, blijven tot 31 december 2008 de hen in het ambt van studiemeester-opvoeder toegewezen weddeschaal genieten.

Een definitieve benoeming of aanstelling in het kader van deze uren is niet toegelaten. »

HOOFDSTUK XIX. — *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum*

Art. 42. Artikel 46, lid 2, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum, gewijzigd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« In afwijking van het eerste lid mag het percentage aan vaste benoemingen in het basisonderwijs ten hoogste 95 % van het betrekkingenpakket uitmaken dat voor het overeenkomstige wervingsambt ter beschikking staat. »

Art. 43. In artikel 49, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt tussen 8° en 9° een 8^{bis} ingevoegd, luidend als volgt :

« 8^{bis}. ten minste de vermelding « voldoende » hebben gekregen op de laatste beoordelingsstaat bedoeld in artikel 39^{bis}; bij gebrek aan een beoordelingsstaat wordt de voorliggende voorwaarde geacht vervuld te zijn. »

Art. 44. In titel I van hetzelfde decreet wordt tussen het hoofdstuk V en het hoofdstuk *Vbis* met de artikelen 69*bis* tot 69*quinquies*, dat hoofdstuk *Vter* met de artikelen 69.14 tot 69.19 wordt, een hoofdstuk *Vbis* met de artikelen 69.1 tot 69.13 ingevoegd :

« Hoofdstuk *Vbis*. Bijzondere bepalingen voor inrichtingshoofden of directeurs van een gewone of buitengewone secundaire school

Artikel 69.1. Principe

In afwijking van hoofdstuk V wordt het ambt als inrichtingshoofd of directeur van een gewone of buitengewone secundaire school, hierna « inrichtingshoof » genoemd, vanaf 1 september 2007 in de vorm van een aanstelling voor een onbepaalde duur en van een definitieve benoeming toegewezen overeenkomstig de navolgende bepalingen.

Artikel 69.2. Toelatingsvoorwaarden

Personen mogen het ambt uitoefenen als ze :

1° burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs. De Regering kan een afwijking toestaan;

2° ten minste over een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad beschikken; bij gebrek aan een kandidaat met dit diploma is een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad voldoende;

3° de kandidatuur in de vorm en binnen de termijn hebben ingediend, zoals bepaald in de oproep tot de kandidaten;

4° de burgerlijke en politieke rechten genieten;

5° aan de dienstplichtwetten voldoen.

Artikel 69.3. Oproep tot de kandidaten en kandidatuur

De oproep tot de kandidaten wordt in de pers bekendgemaakt, alsmede in elke andere vorm die als gepast wordt geacht.

De oproep bevat het van het inrichtingshoofd vereiste profiel en de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt.

De kandidatuur wordt per aangetekende brief ingediend. Samen met de kandidatuur zendt de kandidaat o.a. een strategie- en actieplan om de in vorig lid bepaalde doelstellingen te verwezenlijken.

Artikel 69.4. Aanstelling als inrichtingshoofd

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt zal uitoefenen.

Zij steunt zich o.a. op het strategie- en actieplan van de kandidaat en op een sollicitatiegesprek.

Artikel 69.5. Duur en einde van de aanstelling van onbepaalde duur, definitieve aanstelling

§ 1. Het gaat om een aanstelling van onbepaalde duur.

§ 2. De aanstelling eindigt in elk geval :

1° in het geval van een preventieve schorsing voor meer dan zes maanden;

2° in het geval van een terbeschikkingstelling wegens ambtsontheffing in het belang van de dienst voor meer dan zes maanden;

3° indien één der volgende tuchtmaatregelen wordt opgelegd :

a) de inhouding van wedde;

b) de schorsing bij tuchtmaatregel;

c) de op non-activiteitstelling bij tuchtmaatregel;

d) de afdanking wegens zware schuld;

4° bij vrijwillig ontslag, indien het gaat om een definitief aangesteld personeelslid;

5° bij vrijwillige beëindiging van de aanstelling;

6° bij eenzijdige opzegging door de inrichtende macht;

7° indien op het evaluatieverslag de vermelding « onvoldoend » als eindconclusie staat.

De inrichtende macht kan de aanstelling beëindigen in geval van een verlof of terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid voor een periode van meer dan zes opeenvolgende maanden.

In de gevallen bepaald in het eerste lid, 4° en 5°, en in afwijking van artikel 80, lid 1, 1°, dient het inrichtingshoofd een opzeggingstermijn van 60 dagen in acht te nemen.

In het geval bepaald in het eerste lid, 6°, belooft de opzeggingstermijn 6 maanden als het inrichtingshoofd een ambtsanciënniteit van ten hoogste 5 jaar telt; voor elke aangevallen termijn van 5 jaar wordt de duur van de opzeggingstermijn met 3 maanden verhoogd.

De opzeggingstermijnen bepaald in de voorafgaande leden kan in onderlinge overeenstemming worden verkort. De opzegging geschiedt per aangetekende brief met vermelding van de duur van de opzeggingstermijn. De aangetekende brief heeft uitwerking vanaf de derde werkdag na de uitzendingsdatum.

§ 3. De aanstelling eindigt van ambtswege na 5 jaar, als het inrichtingshoofd tijdens deze termijn geen door de Regering erkende vakopleiding met vrucht heeft beëindigd. De Regering legt het Parlement de belangrijkste elementen van een opleiding ter goedkeuring voor.

§ 4. Een inrichtingshoofd dat ten minste 50 jaar oud is, wordt definitief aangesteld, indien :

1° het een ambtsanciënniteit van ten minste 5 jaar telt;

2° op zijn laatst evaluatieverslag de vermelding « voldoende » als eindconclusie staat. »

Artikel 69.6. Statuut

§ 1. Onverminderd het tweede lid is het inrichtingshoofd tijdens de uitoefening van zijn ambt aan de artikelen 13 tot 30, 32, 70, 72 tot 78 en 81 tot 99 van voorliggend statuut onderworpen.

Het is het inrichtingshoofd verboden :

1° een verlof te nemen of ter beschikking gesteld te worden, met uitzondering van volgende types van verlof en terbeschikkingstelling :

- a) jaarlijks verlof;
- b) omstandigheidsverlof;
- c) buitengewoon verlof wegens overmacht;
- d) bevallingsverlof;
- e) verlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij;
- f) verlof wegens ziekte of gebrekkigheid;
- g) terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid;

2° een loopbaanonderbreking te nemen, behalve de deeltijdse of voltijdse loopbaanonderbreking wegens ouderschapsverlof, de loopbaanonderbreking om palliatieve zorgen te verstrekken, de loopbaanonderbreking voor verzorging aan een zwaar ziek gezins- of familielid.

§ 2. Paragraaf 1 geldt ook voor een inrichtingshoofd dat met toepassing van artikel 69*sexies*, § 4, definitief aangesteld is.

Artikel 69.7. Tijdelijke vervanging

§ 1. Als het inrichtingshoofd wegens één der in artikel 69.6 vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan 20 opeenvolgende werkdagen afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een ander definitief aangesteld lid van het bestuurs- en onderwijzend personeel vervangen dat de in artikel 69.2 bepaalde voorwaarden, behalve die vermeld onder punt 3°, vervult.

In de zin van het vorig lid worden de volgende dagen niet als werkdagen beschouwd :

1° de schoolvrije dagen vermeld in artikel 58 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

2° de zomervakantiedagen die krachtens de verlofwetgeving tot het jaarlijks verlof behoren.

Als de directeur wegens één der in artikel 69.6 vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan één jaar afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een persoon vervangen die de in artikel 69.2 bepaalde voorwaarden vervult. De procedure vermeld in de artikelen 69.3 en 69.4 is toepasselijk.

§ 2. Tijdens de voorlopige vervanging zijn de artikelen 69.6, § 1, lid 2, 69.8, 69.11 en 69.12 toepasselijk op de plaatsvervanger.

Artikel 69.8. Wedde en premie

§ 1. Tijdens de aanstelling verkrijgt het inrichtingshoofd een wedde op basis van de weddeschaal vermeld in lid 2, met een geldelijke anciënniteit van 19 jaar, verhoogd met een maandelijks premie van 285,65 EUR voor een secundaire school met minder dan

600 leerlingen en van 428,48 EUR voor een secundaire school met 600 leerlingen en meer. De verhogingen bepaald in de weddeschaal worden om de twee jaar toegekend.

De volgende weddeschalen zijn van toepassing :

1° voor de directeur van een inrichting van het gewoon onderwijs : de weddeschaal 270 van de rubriek « directeur van een inrichting van het gewoon onderwijs », vermeld in artikel 2 hoofdstuk C « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het lager secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat;

2° voor de directeur van een inrichting van het buitengewoon onderwijs : de weddeschaal 270/1 van de rubriek « directeur van een inrichting van het buitengewoon onderwijs », vermeld in artikel 2 hoofdstuk C « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het lager secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 vermeld onder 1°;

3° voor de studieprefect : de weddeschaal 471 van de rubriek « studieprefect van een koninklijk atheneum of lyceum », vermeld in artikel 2 hoofdstuk D « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het hoger secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 vermeld onder 1°;

4° voor de directeur : de weddeschaal 471 van de rubriek « directeur », vermeld in artikel 2 hoofdstuk D « Bestuurs- en onderwijzend personeel van het hoger secundair onderwijs » van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 vermeld onder 1°.

§ 2. Gaat het om een personeelslid, dan verkrijgt het in afwijking van § 1 verder zijn wedde alsmede, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend :

$P = X - M$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid

De premie wordt tegelijk met de maandwedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. Gaat het niet om een personeelslid, dan verkrijgt de directeur het vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermeld bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. Het bedrag vermeld in de §§ 1 en 2 is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982.

In geval van ziekteverlof wordt de premie verder uitbetaald.

Artikel 69.9. Toelage voor reeds definitief aangestelde inrichtingshoofden of directeuren

Een inrichtingshoofd dat of een directeur die vóór 1 september 2007 reeds definitief aangesteld is, verkrijgt de in artikel 69.8, § 2, vermelde premie vanaf de maand volgend op de maand waarin het resp. hij een door de Regering erkende vakopleiding als inrichtingshoofd met vrucht heeft beëindigd.

Artikel 69.10. Evaluatieverslag

§ 1. Voor een inrichtingshoofd stelt de inrichtende macht ten minste een evaluatieverslag om de 5 jaar. Te dien einde houdt ze een evaluatiegesprek. Het inrichtingshoofd kan om een evaluatie verzoeken.

Voordat de inrichtende macht het evaluatiegesprek voert, neemt zij met het oog op de evaluatie inzage van het advies van de pedagogische raad dat onder andere een voorstel tot evaluatie omvat. In afwijking van artikel 49 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs woont het inrichtingshoofd de zittingen van de pedagogische raad tijdens dewelke het advies wordt opgesteld niet bij. De pedagogische raad wijst een personeelslid aan dat het voorzitterschap van deze zittingen waarneemt.

Het inrichtingshoofd stelt vooraf een bericht over de omzetting van het strategie- en actieplan en de verwezenlijking van de doelstellingen op dat als basis dient voor het evaluatiegesprek.

Op het evaluatieverslag kan de vermelding « onvoldoend », « niet tevredenstellen », « voldoende », « goed » of « zeer goed » als eindconclusie staan.

§ 2. Het verslag wordt in twee exemplaren aan het inrichtingshoofd overhandigd, dat beide exemplaren ondertekent en één ervan behoudt.

§ 3. Het inrichtingshoofd kan het verslag onder voorbehoud ondertekenen en binnen 10 dagen na de afgifte ervan een beroep vóór de raad van beroep aantekenen.

Binnen een termijn van 45 dagen te rekenen vanaf de dag waarop de raad van beroep het beroep heeft ontvangen, zendt hij een met redenen omkleed advies aan de inrichtende macht.

Binnen de 10 dagen na ontvangst van het advies overhandigt de inrichtende macht haar definitieve beslissing. Ze vermeldt in voorkomend geval de redenen waarom ze het advies niet volgt.

Het beroep is opschortend.

Artikel 69.11. Terugkeer

Voor zover het personeelslid in het gesubsidieerd vrij onderwijs definitief aangesteld is, bekleedt het op het einde van de aanstelling opnieuw zijn voormalig ambt, behalve in de gevallen vermeld in artikel 69.5, § 2, lid 1, 3^o, d), en 4^o.

Artikel 69.12. In aanmerking komende diensten

Voor zover het om een personeelslid van het gesubsidieerd vrij onderwijs gaat, worden de diensten gepresteerd tijdens de uitoefening van het ambt als inrichtingshoofd in aanmerking genomen om de dienstanciënniteit, de ambtsanciënniteit en de geldelijke anciënniteit vast te leggen. »

Art. 45. Artikel 75 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met volgend lid :

« Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

HOOFDSTUK XX. — Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs

Art. 46. Artikel 9 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 9. § 1. Voordat de leerling die zijn woonplaats in het buitenland heeft en de algemene toelatingsvoorwaarden vastgelegd in artikel 8 vervult, zich in de lagere school mag inschrijven, legt hij een attest voor, afgegeven door de bevoegde schooloverheid van de Staat waar hij zijn woonplaats heeft en waaruit blijkt dat hij in België een lagere school mag bezoeken. Dit attest dient slechts bij de eerste inschrijving te worden voorgelegd.

Om in een lagere school in de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven te worden, moet de in het buitenland woonachtige leerling bovendien één der volgende voorwaarden vervullen :

1^o één van zijn ouders heeft een betrekking in de Duitstalige Gemeenschap;

2^o één broer of zus van de leerling is reeds in een school van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven;

3^o er is een overmacht van pedagogische of sociale aard die door de Regering moet worden goedgekeurd.

Voor leerlingen wier woonplaats onder de bevoegdheid van een publiekrechtelijke buitenlandse gebiedsomschrijving valt, zijn de toelatingsvoorwaarden vermeld in lid 2 niet van toepassing, voor zover er een dienovereenkomstige schriftelijke overeenkomst tussen deze gebiedsomschrijving en de Duitstalige Gemeenschap bestaat.

§ 2. Paragraaf 1 is niet van toepassing op de leerling ingeschreven in het vreemdelingenregister, in het wachtregister of in het bevolkingsregister van een Belgische gemeente.

Art. 47. In artikel 15, § 1, van hetzelfde decreet wordt de passus « op de derde werkdag » vervangen door « op de laatste werkdag. »

Art. 48. Artikel 15, § 2, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Een verandering van school in de loop van het schooljaar mag niet, behalve als de leerling van woonplaats verandert »

In artikel 15, § 2, lid 2, van hetzelfde decreet wordt de passus « na de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar » vervangen door « in de loop van het schooljaar. »

Art. 49. In artikel 33, § 1, lid 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 23 oktober 2000 en 19 april 2004, wordt de passus « 75 regelmatige leerlingen van het lager onderwijs telt die aan de leerplicht onderworpen zijn » vervangen door « 75 regelmatige leerlingen van het lager onderwijs telt die aan de leerplicht onderworpen zijn, waarbij de leerlingen die overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, een school naar vrije keuze in de gemeente hebben waar zich hun woonplaats of gewone verblijfplaats bevindt, bij de berekening van de norm slechts voor de school in aanmerking komen, die de dichtstbij gelegen school naar vrije keuze is. »

Art. 50. In artikel 34, § 1, lid 2 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 23 oktober 2000 en 19 april 2004, wordt in de eerste zin de passus « tenminste 25 leerlingen tel » vervangen door « ten minste 25 leerlingen telt, waarbij de leerlingen die overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, een school naar vrije keuze in de gemeente hebben waar zich hun woonplaats of gewone verblijfplaats bevindt, bij de berekening van de norm slechts voor de school in aanmerking komen, die de dichtstbij gelegen school naar vrije keuze is. »

Art. 51. Artikel 35 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 23 oktober 2000, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 35. Sluiting en heropening van een lagere school

§ 1. Onverminderd artikel 33 wordt een lagere school die ten laatste op de laatste schooldag van de maand september van het voorafgaande schooljaar geen 12 regelmatige leerlingen telt, ten laatste op de laatste dag van de maand september van het daaropvolgende schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd, behalve als ze op de voorlaatste schooldag van de maand september van het lopende schooljaar opnieuw ten minste twaalf regelmatige leerlingen telt. Als dit minimumaantal niet bereikt wordt, vallen de loon- en werkingskosten ontstaan tot het einde van de maand september ten laste van de inrichtende macht

De leerlingen die overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs een school naar vrije keuze in de gemeente hebben waar zich hun woonplaats of gewone verblijfplaats bevindt, worden bij de berekening van de norm slechts voor de school in aanmerking genomen die de dichtstbij gelegen is.

§ 2. Onverminderd artikel 33 kan een gesloten resp. niet meer gesubsidieerde lagere school, vanaf het tweede en binnen 9 jaar na de sluiting, vanaf de eerste dag van het schooljaar weder geopend of gesubsidieerd worden, op voorwaarde dat zij op de laatste schooldag van de maand september 12 regelmatige leerlingen telt.

De leerlingen die overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs een school naar vrije keuze in de gemeente hebben waar zich hun woonplaats of gewone verblijfplaats bevindt, worden bij de berekening van de norm slechts voor de school in aanmerking genomen die de dichtstbij gelegen is.

Indien de lagere school de overeenstemmende norm niet bereikt, wordt ze gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten, ontstaan tot het einde van de maand september, ten laste van de inrichtende macht. »

Art. 52. Artikel 36 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 36. Sluiting en heropening van een kleuterafdeling

§ 1. Een kleuterafdeling die op de laatste schooldag van de maand september van het voorafgaande schooljaar geen 6 leerlingen telt, wordt ten laatste de laatste schooldag van de maand september van het daaropvolgende schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd, behalve als ze op de voorlaatste schooldag van de maand september ten minste zes regelmatige leerlingen telt. Als dit minimumaantal niet bereikt wordt, vallen de bon- en werkingskosten, ontstaan tot het einde van de maand september, ten laste van de inrichtende macht.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en die tijdens de maand september gedurende ten minste 5 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren. De leerlingen die overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs een school naar vrije keuze in de gemeente hebben waar zich hun woonplaats of gewone verblijfplaats bevindt, worden bij de berekening van de norm slechts voor de school in aanmerking genomen die de dichtstbij gelegen is.

§ 2. Onverminderd artikel 34 kan een gesloten resp. niet meer gesubsidieerde kleuterafdeling vanaf het tweede en binnen 9 jaar na de sluiting, vanaf de eerste dag van het schooljaar weder geopend of gesubsidieerd worden, op voorwaarde dat zij op de voorlaatste schooldag van de maand september ten minste 6 leerlingen telt.

Indien de kleuterafdeling de voorwaarde vastgelegd in het eerste lid niet vervult, wordt ze gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de bon- en werkingskosten, ontstaan tot het einde van de maand september, ten laste van de inrichtende macht.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en tot de laatste schooldag van de maand september gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren. De leerlingen die overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs een school naar vrije keuze in de gemeente hebben waar zich hun woonplaats of gewone verblijfplaats bevindt, worden bij de berekening van de norm slechts voor de school in aanmerking genomen die de dichtstbij gelegen is.

§ 3. In afwijking van § 1, lid 2 en § 2, lid 3, worden ook de leerlingen in aanmerking genomen die hun woonplaats in het ambtsgebied van een buitenlandse of binnenlandse publiekrechtelijke gebiedsomschrijving hebben, indien deze evenredig bijdraagt in de personeels- en werkingskosten die de Duitstalige Gemeenschap voor deze kleuterafdeling moet dragen; die kostenbijdrage moet in een geschreven overeenkomst vastgelegd zijn. »

Art. 53. In artikel 56 van hetzelfde decreet wordt in § 1 een derde lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 2 worden eveneens de regelmatige leerlingen in aanmerking genomen wier kleuterafdeling met toepassing van artikel 36 werd gesloten en die op de laatste schooldag van de maand september in de betrokken kleuterafdeling opnieuw zijn ingeschreven. »

Art. 54. Artikel 78 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 78. Principe

§ 1. De werkingstoelagen die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd. De terugvordering kan gebeuren d.m.v. — een inhouding op de nog uit te betalen werkingsmiddelen.

§ 2. De wedden die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd, als de ononderbroken termijn waarin ze ten onrechte werden uitbetaald niet langer dan driejaar belooft. Is de uitbetaling niet aan een vergissing van de Regering te wijten, dan worden de betaalde bedragen door de Regering teruggevorderd, ongeacht de duur van de termijn.

In buitengewone gevallen kan de Regering geheel of gedeeltelijk afstand doen van een terugvordering. Dit is mogelijk als de te onrechte verrichte uitbetalingen aan een vergissing van de Regering te wijten zijn en als het betrokken personeelslid, met inachtneming van het principe van goede trouw, veronderstellen kan het bedrag onherroepelijk verkregen te hebben. »

Art. 55. Artikel 79, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het bevel, de in artikel 78 bepaalde terugvordering uit te voeren, verjaart binnen één resp. twee jaar, indien het om wedden resp. werkingstoelagen gaat, waarbij die termijn op 1 januari na de uitbetaling begint. »

HOOFDSTUK XXI. — *Wijziging van het decreet van 25 mei 1999 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs*

Art. 56. Artikel 30 van het decreet van 25 mei 1999 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 30. Principe

§ 1. De werkingstoelagen die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd. De terugvordering kan gebeuren d.m.v. — een inhouding op de nog uit te betalen werkingsmiddelen.

§ 2. De wedden die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd, als de ononderbroken termijn waarin ze ten onrechte werden uitbetaald niet langer dan driejaar belooft. Is de uitbetaling niet aan een vergissing van de Regering te wijten, dan worden de betaalde bedragen door de Regering teruggevorderd, ongeacht de duur van de termijn.

In buitengewone gevallen kan de Regering geheel of gedeeltelijk afstand doen van een terugvordering. Dit is mogelijk als de te onrechte verrichte uitbetalingen aan een vergissing van de Regering te wijten zijn en als het betrokken personeelslid, met inachtneming van het principe van goede trouw, veronderstellen kan het bedrag onherroepelijk verkregen te hebben. »

Art. 57. Artikel 31, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het bevel, de in artikel 30 bepaalde terugvordering uit te voeren, verjaart binnen één resp. twee jaar, indien het om wedden resp. werkingstoelagen gaat, waarbij die termijn op 1 januari na de uitbetaling begint. »

HOOFDSTUK XXII. — *Wijziging van het decreet van 16 december 2002 betreffende de toekenning van financiële middelen voor pedagogische doeleinden in het onderwijs*

Art. 58. Artikel 5, § 4, van het decreet van 16 december 2002 betreffende de toekenning van financiële middelen voor pedagogische doeleinden in het onderwijs wordt aangevuld met een tweede lid, luidend als volgt :

« Worden eveneens in aanmerking genomen de studenten die regelmatige studenten zijn in de zin van artikel 3.12 van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool en ten laatste op de laatste schooldag van de maand september van het lopende academiejaar ingeschreven zijn. »

HOOFDSTUK XXIII. — *Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003*

Art. 59. Artikel 5, § 4, lid 2, van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003 wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Voor de in § 1, lid 1, bedoelde verlopen gebeurt de betaling op basis van het ambt waarin het personeelslid definitief benoemd of aangesteld is. »

Art. 60. In artikel 5, § 4, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt tussen de leden 2 en 3 een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 2 wordt het personeelslid dat in een selectie- of bevorderingsambt definitief benoemd of aangesteld is, op basis van het ambt bezoldigd dat het met toepassing van § 1, lid 1, 4^o, uitoefent. »

HOOFDSTUK XXIV. — *Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psyche-medisch-sociale centra*

Art. 61. Artikel 36, lid 2, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psyche-medisch-sociale centra wordt vervangen door de volgende bepaling :

« In afwijking van het eerste lid mag het percentage aan vaste benoemingen in het basisonderwijs ten hoogste 95 % van het betrekkingenpakket uitmaken dat voor het overeenkomstige wervingsambt ter beschikking staat. »

Art. 62. In artikel 69, § 1, van hetzelfde decreet wordt tussen de leden 1 en 2 een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Zijn de geleverde diensten vóór de overneming in een wervingsambt gepresteerd dat bij de overnemende inrichtende macht niet bestaat, dan worden ze bij de berekening van de dienstanciënniteit in aanmerking genomen, alsof ze gepresteerd zouden zijn in het wervingsambt dat toegang verleent tot de dienovereenkomstige selectieambt. »

Art. 63. In artikel 73 van hetzelfde decreet wordt een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

HOOFDSTUK XXV. — *Wijziging van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en gebruik van de talen in het onderwijs*

Art. 64. In artikel 26, § 1, 4°, en § 2, 5°, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en gebruik van de talen in het onderwijs wordt de passus « door de examencommissie bedoeld in titel VI » vervangen door de passus « door de examencommissie bedoeld in titel VII of een door de Franse Gemeenschap georganiseerde examencommissie. ».

HOOFDSTUK XXVI. — *Wijziging van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs. 2005*

Art. 65. In artikel 27 van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs, 2005 wordt tussen de leden 7 en 8 een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Op verzoek van het personeelslid wordt de onderbrekingstermijn van negen weken na de bevalling met een bijkomende week verlengd, als het personeelslid tijdens de zes weken vóórde werkelijke bevallingsdatum, acht weken bij de geboorte van een meerling, arbeidsongeschikt was. »

Art. 66. Artikel 23, 12°, a), van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« a) uitnodiging tot verschijne. »

HOOFDSTUK XXVII. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool*

Art. 67. In artikel 3.1, lid 2, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool wordt de passus « in de loop van het tweede academiejaar » vervangen door « in de loop van het derde academiejaar. »

Art. 68. In artikel 3.2, § 4, lid 1, van hetzelfde decreet wordt een punt 7° ingevoegd, luidend als volgt :

« 7° bewijs waaruit blijkt dat hij geslaagd is voor de opleiding die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap op het gebied « Gezins- en bejaardenhelper » georganiseerd wordt en ten minste 1300 opleidingsuren bevat. »

Art. 69. Artikel 5.46 van hetzelfde decreet wordt met volgend lid aangevuld :

« Een personeelslid dat op onrechtvaardige wijze afwezig is, wordt van ambtswege in non-activiteit gesteld en heeft, voor de duur van zijn afwezigheid, geen recht op wedde en op tussentijdse verhogingen. »

Art. 70. Artikel 5.79ter, lid 2, 1°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake onderwijs 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° evaluatieverslag. »

Art. 71. Artikel 7.7 wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 7.7. Principe

§ 1. De werkingstoelagen die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd. De terugvordering kan gebeuren d.m.v. een inhouding op de nog uit te betalen werkingmiddelen.

§ 2. De wedden die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd, als de ononderbroken termijn waarin ze ten onrechte werden uitbetaald niet langer dan driejaar belooft. Is de uitbetaling niet aan een vergissing van de Regering te wijten, dan worden de betaalde bedragen door de Regering teruggevorderd, ongeacht de duur van de termijn.

In buitengewone gevallen kan de Regering geheel of gedeeltelijk afstand doen van een terugvordering. Dit is mogelijk als de te onrechte verrichte uitbetalingen aan een vergissing van de Regering te wijten zijn en als het betrokken personeelslid, met inachtneming van het principe van goede trouw, veronderstellen kan het bedrag onherroepelijk verkregen te hebben. »

Art. 72. In artikel 7.8 van hetzelfde decreet wordt het eerste lid vervangen door de volgende bepaling :

« Het bevel, de in artikel 7.7 bepaalde terugvordering uit te voeren, verjaart binnen één resp. twee jaar, indien het om wedden resp. werkingstoelagen gaat, waarbij die termijn op 1 januari na de uitbetaling begint. »

HOOFDSTUK XXVIII. — *Vergoedingen en financiële middelen voor de pedagogische begeleiding van bepaalde studenten*

Art. 73. Voorliggend hoofdstuk is toepasselijk op :

1° de personeelsleden van het besturen- en onderwijzend personeel, van het opvoedend personeel en van het paramedisch personeel van de gewoon en buitengewoon basis- en secundaire scholen van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs, met uitzondering van de personeelsleden van het besturen- en onderwijzend personeel die een selectie-of bevorderingsambt in een basisoefenschool uitoefenen;

2° het technisch personeel van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde PMS-centra;

3° de inrichtende machten van de scholen of PMS-centra waarin de personeelsleden bedoeld onder de punten 1° en 2° werkzaam zijn en studenten overeenkomstig voorliggend hoofdstuk begeleid worden.

Art. 74. Volgende begeleide stages en labo-onderzoeken van studenten van het hoger onderwijs van het korte en van het lange type worden in aanmerking genomen voor de toekenning van een vergoeding resp. van financiële middelen :

1° de labo-onderzoeken met het oog op de reflectie over de verbinding theorie/praktijk, overeenkomstig artikel 2.8, § 2, lid 1, 5.1, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;

2° de stages, overeenkomstig artikel 2.8, § 2, lid 1, 5.2, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;

3° stages van studenten uit de Franse Gemeenschap in het kader van de lerarenopleiding voor een ambt in het basisonderwijs;

4° stages van studenten uit de Franse Gemeenschap in het kader van de lerarenopleiding voor een ambt in het secundair onderwijs;

5° stages van studenten uit de Franse Gemeenschap in het kader van de opleiding voor een ambt in een PMS-centrum of in een internaat.

Art. 75. De personeelsleden die een student ter aanleiding van een in artikel 74, 2°, 3°, 4° en 5° vermelde stage begeleiden, verkrijgen een vergoeding van 4 EUR per uur.

De personeelsleden die een student ter aanleiding van een in artikel 74, 1°, vermeld labo-onderzoek begeleiden, verkrijgen een vergoeding van 15 EUR voor elke onderwijsdag.

Art. 76. De inrichtende macht verkrijgt financiële middelen per student die overeenkomstig artikel 74 in haar scholen begeleid wordt; deze middelen worden als volgt vastgelegd :

1° per volledige onderwijsweek voor een student in het tweede studiejaar : 30 EUR;

2° per volledige onderwijsweek voor een student in een ander studiejaar : 20 EUR.

Deze financiële middelen worden bestemd voor pedagogische doeleinden in de zin van artikel 3 van het decreet van 16 december 2002 betreffende de toekenning van financiële middelen voor pedagogische doeleinden in het onderwijs.

Art. 77. De Regering bepaalt de uitbetalingsmodaliteiten.

HOOFDSTUK XXIX. — *Verlof toegekend aan tijdelijke en definitieve personeelsleden om examens af te leggen*

Art. 78. Toepassingsgebied

Dit hoofdstuk is van toepassing op :

1° de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen en psyche-medisch-sociale centra, georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap, die aan een statuut onderworpen zijn;

2° de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinrichtingen en psyche-medisch-sociale centra, gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap, die aan een statuut onderworpen zijn.

Art. 79. Verlof om examens af te leggen

De inrichtende macht kent de personeelsleden bedoeld in artikel 78 die erom verzoeken en zich in dienstactiviteit bevinden, een verlof toe om examens af te leggen die voor de in het onderwijs uitgevoerde activiteit nuttig kunnen zijn.

De duur van het verlof mag 10 werkdagen per kalenderjaar niet overschrijden.

Het verlof wordt bezoldigd en met dienstactiviteit gelijkgesteld.

HOOFDSTUK XXX. — *Oprichting van een opleiding tot koor- en harmoniedirigent bij de muziekkacademie van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 80. Bij de muziekkacademie van de Duitstalige Gemeenschap wordt een opleiding tot koor- en harmoniedirigent ingevoerd.

Deze dirigentenopleiding bestaat uit een cyclus van vierjaar. Op het einde van elk cyclus beslist de Regering op voorstel van de raad van bestuur van de muziekkacademie of een ander cyclus al dan niet georganiseerd wordt.

Art. 81. Wordt tot de opleiding tot koor- en harmoniedirigent toegelaten de leerling die aan volgende voorwaarden voldoet :

1° het vijfde jaar muzikale opvoeding met vrucht hebben beëindigd;

2° het inschrijvingsgeld hebben betaald.

Art. 82. § 1. De opleiding tot koor- en harmoniedirigent omvat de volgende vakken :

1° muziekkopleiding : tot het slagen voor het zevende jaar;

2° harmonieleer : tot het slagen voor de middelbare graad;

3° directie : 4 jaar, waarbij één lestijd per week in beide eerste en anderhalve lestijd per week in beide laatste jaren worden verstrekt.

Het vak directie wordt in de hogere graad verstrekt.

Directie en harmonieleer zijn collectieve vakken; aan de cursussen harmonieleer worden ten hoogste 2 lestijden per week besteed.

§ 2. De opleiding tot koordirigent omvat, naast de in § 1 vermelde vakken, de volgende vakken :

1° piano : tot het slagen voor het vierde jaar;

2° zang : tot het slagen voor het vierde jaar.

§ 3. De leerlingen die reeds één of meerdere van de in de §§ 1 en 2 vermelde vakken met vrucht hebben beëindigd, zijn vrijgesteld van deelneming aan de overeenkomstige cursussen en van het afleggen van het examen.

Art. 83. De examens in de in artikel 82 vermelde vakken, met uitzondering van het in artikel 82, § 1, 3°, vermelde vak, worden jaarlijks georganiseerd.

Op het einde van de vierjarige cyclus van de dirigentenopleiding wordt een openbaar examen in het vak directie georganiseerd. De raad van bestuur van de muziekkacademie legt de modaliteiten voor het afleggen ervan vast.

Art. 84. De dirigentenopleiding is afgesloten, wanneer de leerling de in artikel 82 vermelde vakken met vrucht heeft beëindigd.

Het diploma dat de leerling behaalt na het slagen voor het examen, machtigt hem ertoe een vereniging voor amateurkunst in de Duitstalige Gemeenschap te dirigeren.

Art. 85. Naast het regelmatig lestijdenpakket wordt aan de muziekkacademie jaarlijks een maximaal lestijdenpakket van 14 lestijden per week toegekend voor de organisatie van de dirigentenopleiding. De Regering legt het aantal lestijden vast.

HOOFDSTUK XXXI. — *Afwijking van de taalvereisten bij de tijdelijke aanwijzingen en aanstellingen in het basisonderwijs voor het schooljaar 2007-2008*

Art. 86. Artikel 12 van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en gebruik van de talen in het onderwijs geldt niet voor de tijdelijke aanwijzingen en aanstellingen in het schooljaar 2007-2008.

HOOFDSTUK XXXII. — *Slotbepalingen*

Art. 87. Artikel 11 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen wordt opgeheven.

Art. 88. Artikel 11 van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende het verlof voor afwezigheden van lange duur gewettigd door familiale redenen, van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten wordt opgeheven.

Art. 89. Artikel 7, § 1, 3°, lid 2, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan wordt opgeheven.

Art. 90. Het decreet van 2 mei 1995 houdende toekenning van een vergoeding voor de pedagogische begeleiding van studenten die een stage doen in basisscholen en secundaire scholen van het gewoon en buitengewoon onderwijs van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs wordt opgeheven.

Art. 91. Artikel 55 van het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake onderwijs 2006 wordt opgeheven.

Art. 92. Artikel 89 heeft uitwerking op 1 januari 2005.

De artikelen 33 en 58 hebben uitwerking op 1 juli 2005.

De artikelen 65, 73, 74, 75, 76, 77 en 90 hebben uitwerking op 1 september 2006.

De artikelen 34 en 35 hebben uitwerking op 1 januari 2007.

De artikelen 3, 11 en 44 hebben uitwerking op 1 mei 2007.

De artikelen 13, 14, 15, 16, 20, 28, 39, 40, 41, 46, 47, 48, 64, 67, 80, 81, 82, 83, 84, 85 en 86 treden in werking op 1 juli 2007.

De artikelen 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 12, 19, 22, 23, 24, 26, 31, 32, 36, 37, 38, 43, 45, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 63, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 78, 79, 87, 88 en 91 treden in werking op 1 september 2007.

De artikelen 9, 10, 17, 18, 21, 30, 42, 49, 50, 51, 52, 53, 61 en 62 treden in werking op 1 januari 2008.

De artikelen 25, 27 en 29 treden in werking op 1 september 2008.

Door het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen.

Eupen, 25 juni 2007.

S. THOMAS,

Griffier.

L. SIQUET,

Voorzitter.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 25 juni 2007.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—————
Nota's

(1) *Zitting 2006-2007.*

Parlementaire stukken. — 99 (2006-2007) nr. 1: Ontwerp van decreet. — 99 (2006-2007), nrs. 2-6: Voorstellen tot wijziging. — 99 (2006-2007), nr 7: Verslag. — 99 (2006-2007), nr. 8: Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Zitting van 25 juni 2007.